demokratie !

3.2025 Magazin für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

Soziale Ungleichheit

Steuerdebatte: Die Empfehlungen
S. 6

Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?
S. 16

Sprechen & Zuhören: Drei Erfahrungsberichte
S. 20

Seite 6: Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen: Ergebnisse und Empfehlungen

Seite 20: Sprechen & Zuhören: Wie Dialog demokratische Kultur stärkt

Seite 30: Wohin mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Ein demokratischer Reformvorschlag

Inhalt

4 Demokratie im Sucher: Der Fall der Berliner Mauer

Einblicke

6 Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen: Ergebnisse und Empfehlungen
20 Sprechen & Zuhören – Für eine bessere demokratische Kultur
26 Gut vertreten? Das Forum für Zivilgesellschaft und Politik in Ostdeutschland

Ausblicke

16 Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie? – Ein Beschluss
24 Kolumne: Was tun gegen den Demokratie-Kater?
30 Wohin mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk: Ein demokratischer Reformvorschlag

29 Nachruf auf Dr. Klaus Hahnzog

36 Demokratie kompakt: Meldungen aus dem Kosmos
39 Rezension
40 Neues aus den Landesverbänden
42 Mein demokratisches Erlebnis

43 Service

Fotos: Robert Boden; Adam Sevens; Christoph Hardt/Imago; Titel: monstArrr_/istock

Liebe Leserinnen und Leser,

Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie

erst Krieg, dann Verhandlungen, dann Frieden? Mitte Oktober haben sich Hamas und Israel auf eine Waffenruhe und Beendigung des Krieges verständigt. Eine Erleichterung und Hoffnung für alle Seiten, auch wenn damit der Konflikt nicht gelöst ist. Hoffen wir, dass beide Seiten sich daran halten. Es ist das Ergebnis unendlicher Bemühungen der umliegenden Länder, Brücken zwischen den verfestigten Fronten zu bauen, und auch von Donald Trump.

Am Tag danach erhielt die venezolanische Politikerin Maria Corina Machado den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für die demokratischen Rechte des venezolanischen Volkes. Sie führt die Demokratiebewegung in Venezuela gegen den autoritären Präsidenten Maduro an. Das Besondere an Machado: Sie gilt als Schlüsselfigur einer einst tief gespaltenen Opposition, die sich durch ihre Forderung nach freien Wahlen wieder vereint hat.

Zwei internationale Ereignisse, die Mut machen, Ausweglosigkeit zu überwinden. Und während Sie diese Zeilen in den Händen halten, liegen diese Ereignisse schon wieder einige Zeit hinter uns.

Was unsere demokratiepolitischen Ziele in Deutschland angeht, sind wir frustriert. Wir haben es mit einer neuen Bundestagspräsidentin zu tun, die mit uns noch nicht einmal über Demokratie und Bürgerräte reden will. Der Bundestag hat die erst vor drei Jahren eingerichtete Stabsstelle für Bürgerräte wieder eingestampft und die Gelder dafür gestrichen. Eben erreicht mich ein persönliches Schreiben der SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und Bärbel Bas. Beide schätzen unsere Arbeit sehr, eine unmittelbare Beeinflussung der Entscheidungen war ihnen aber nicht möglich. Sie suchen jetzt nach neuen Wegen, um an der Vereinbarung mit der Union festzuhalten, dass Bürgerräte weiterhin möglich sind. Das ist das politische Spannungsfeld zwischen Absicht und Umsetzung.

Währenddessen setzen wir unsere Arbeit fort. Die von Mehr Demokratie, Bund der Steuerzahler und Netzwerk Steuergerechtigkeit gemeinsam initiierte Steuerdebatte legt ihre Ergebnisse und damit den Beweis vor, dass die Menschen über die Verteilung von Steuergeldern zu urteilen sehr gut in der Lage sind, siehe Seite 6. Darüber hinaus expandiert – aufgrund der großen Nachfrage – unser Bereich Demokratische Kultur mit den Formaten Sprechen & Zuhören und Demokratie Fitness. Und wir freuen uns über die positiven Erfahrungen der Kommune Osterburg mit der Verbindung eines Bürgerrats und eines Bürgerentscheids – erst erarbeitet ein Bürgerrat Empfehlungen, über die dann ein Bürgerentscheid stattfindet. Und ein weiteres Thema beschäftigt uns zunehmend: Wie beeinflusst soziale Ungleichheit die Demokratie? Siehe Seite 16.

Schauen Sie bei uns rein, wir freuen uns auf Sie.

Mit besten Grüßen
Ihre

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

FÜR EIN BERLIN OHNE MAUER
IN EINEM DEUTSCHLAND OHNE PANZER
IN EINEM EUROPA OHNE GRENZEN

Foto: Thomas Imo/Imago Images

Fall der Berliner Mauer 9. November 1989

Der Fall der Berliner Mauer beendete nicht nur die Teilung Deutschlands durch eine Grenze, sondern wurde zum Sinnbild für die Kraft demokratischer Veränderung. Menschen, die zuvor kaum Mitsprache hatten, gingen auf die Straße, forderten Freiheit, Rechte und Teilhabe – und brachten damit ein System ins Wanken, das vor allem auf Kontrolle von oben beruhte. Der Mauerfall zeigt, dass Demokratie dort lebt, wo Menschen Verantwortung übernehmen und sich Gehör verschaffen. Sie lebt vom Mut, Missstände zu benennen, und vom Vertrauen, gemeinsam etwas bewegen zu können.

Das war die Bürgerdebatte Gerechte Steuern und Finanzen

An insgesamt sechs Tagen haben 40 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland in Erfurt debattiert und sich mit Expertinnen und Experten ausgetauscht. Herausgekommen sind 13 konkrete Empfehlungen für gerechtere Steuern und Finanzen.

von Roman Huber

Deutschlands Finanzen stehen unter Druck. Klimawandel, Krieg in der Ukraine, wirtschaftlicher Strukturwandel, Erneuerung der Infrastruktur und alternde Gesellschaft – all das kostet viel Geld und führt zu Verteilungskämpfen. Deswegen ist es nötig, über wichtige Richtungsentscheidungen zu diskutieren. Was können und wollen wir uns als Gesellschaft noch leisten? Und wie verteilen wir die Lasten gerecht? Die öffentliche Debatte darüber ist von Lagerdenken geprägt. Für eine sachliche Debatte fehlt vielen Bürgerinnen und Bürgern das nötige Wissen zu Steuern und Finanzen.

Zufallsauswahl

Mit der Bürgerdebatte wollten wir herausfinden, wie es anders geht. Direkt nach der Bundestagswahl im Februar 2025 wurden zehn zufällig aus dem amtlichen Gemeindeverzeichnis gezogene Orte angeschrieben und um eine Zufallsstichprobe aus ihren Einwohnermeldeverzeichnissen gebeten. So wurden 2.000 Personen ermittelt, an die Anfang April postalisch eine Einladung versandt wurde. In fünf Städten waren zusätzlich auch ehrenamtliche Teams eingesetzt, die die Ausgewählten persönlich vor Ort angesprochen haben. Auf die Einladung reagierten bis Ende April 100 Personen. Aus dieser Gruppe wurden schließlich 40 Teilnehmende bestimmt – erneut per Zufall, aber unter Berücksichtigung der statistischen Repräsentation der Kriterien Alter, Geschlecht, Region, Ortsgröße, Migrationsgeschichte und politischer Orientierung.

Online-Beteiligung

Dem Bürgerrat vor Ort ging eine bundesweite Online-Beteiligung zur Frage „Steuern und Finanzen: Was sollte sich ändern?“ voraus. Ziel war dabei eine möglichst niedrigschwellige Möglichkeit zur Teilnahme zu schaffen. Mehr als 18.000 Menschen beteiligten sich, reichten über 2.000 Vorschläge ein und gaben rund 330.000 Stimmen ab. Dabei kristallisierten sich zentrale Anliegen heraus: Der Wunsch nach größerer Transparenz im Umgang mit Steuergeldern, breite Zustimmung zur stärkeren Besteuerung großer Vermögen sowie sehr unterschiedliche Auffassungen zum Sozialstaat.

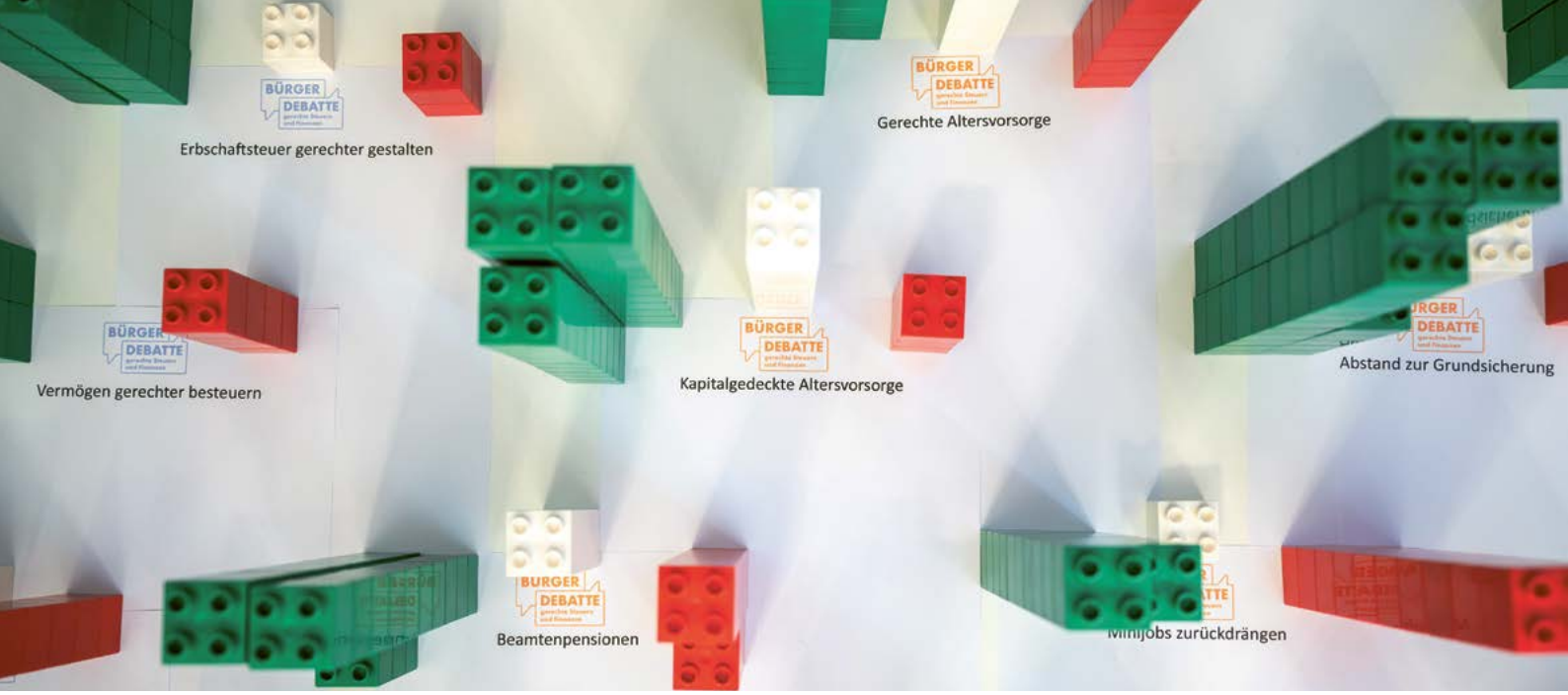
Der kleine Bürgerrat in Erfurt

Die 40 per Losverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürger kamen an zwei Wochenenden in Erfurt zusammen, um sich intensiv mit Fragen gerechter Steuer- und Finanzpolitik auseinanderzusetzen. Um eine gemeinsame Wissensgrundlage zu schaffen, wurden einführende Kurzvorträge angeboten. Bewusst wurde ausreichend Zeit eingeplant, damit die Teilnehmenden in der Auseinandersetzung mit staatlichen Einnahmen und Ausgaben ein Gefühl für Größenordnungen entwickeln konnten.

Um eine ausgewogene Darstellung unterschiedlicher Positionen zu gewährleisten, waren Fachpersonen aus verschiedenen Institutionen anwesend – darunter das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vertreten durch Dr. Stefan Bach und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vertreten durch Dr. Martin Beznoska sowie Dr. Tobias Hentze. Die Experten standen den Teilnehmenden an beiden Wochenenden durchgängig für Rückfragen und Diskussionen zur Verfügung. Bei Bedarf wurden sie unterstützt von Daniela Karbe-Geßler vom Bund der Steuerzahler (BdSt) sowie Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit (NSWG). ▸

Ablauf des Gesamtprozesses

Foto: Robert Boden



Mithilfe eines Farbschemas wurden die angesprochenen Themenbereiche gewichtet.

Neben den steuerlichen und finanziellen Themen wurde auch eine Wertedebatte geführt. Gleichheit, Gerechtigkeit und wieviel Geld ist genug? wurde intensiv diskutiert. Ungerechtigkeit ist dabei weniger das Ergebnis individueller Böswilligkeit, sondern strukturell bedingt. So wirken etwa Erbschaften, ungleiche Bildungschancen oder globale Ungleichheiten systematisch benachteiligend. Gerechtigkeit muss daher auch institutionell verankert werden – etwa durch faire Schulsysteme, gerechte Arbeitsmärkte oder eine solidarische Gesundheitsversorgung.

Zur Veranschaulichung konkurrierender Gerechtigkeitsprinzipien diente das Flötenbeispiel des Wissenschaftlers und Philosophen Amartya Sen: Drei Kinder streiten sich um eine Flöte – ein Kind hat sie gebaut, ein Kind ist arm und besitzt kein Spielzeug, ein Kind kann gut Flöte spielen. Daraus lassen sich drei Prinzipien ableiten, nach denen sich entscheiden lässt, wer die Flöte bekommen sollte: das Leistungsprinzip (das Kind, das die Flöte gebaut hat), das Bedarfsprinzip (das Kind, das kein Spielzeug besitzt) und das Wohlfahrtsprinzip (das Kind, das mit seinem Flötenspiel alle erfreuen kann). Diese Prinzipien stehen nicht im Widerspruch zueinander, können jedoch unterschiedlich gewichtet werden.

Übersicht über die Ergebnisse der Bürgerdebatte

Am Ende einigten sich alle trotz der Meinungsvielfalt auf insgesamt vier Leitlinien und 13 Empfehlungen. Die Debatte hat bewiesen, dass echter Dialog möglich ist und dass dieser Dialog hilft, ideologische Gräben zu überbrücken und gesell-

Im Kollektiv zu den besten Empfehlungen: Arbeitsgruppe im Rahmen der Steuerdebatte

schaftliche Spaltung zu überwinden. Die Ergebnisse sind in einem Bürgergutachten aufbereitet. Dort finden sich neben Informationen zum Auswahlverfahren und zum Entstehungsprozess auch die vollständigen Empfehlungen im von den Teilnehmenden abgestimmten Wortlaut. Die folgende Kurzfassung ist im Nachgang der Debatte entstanden.

1. Große Vermögen und Besteuerung von Unternehmensgewinnen

Wenn immer mehr Menschen das Gefühl haben, vom Vermögenswachstum ausgeschlossen zu sein, keine bezahlbare Wohnung finden, sozialer Aufstieg vom Erbe abhängt und der Einfluss großer Vermögen auf die Politik wächst, ist die Demokratie in Gefahr. Stattdessen sollte Vermögen dem Gemeinwohl dienen, den Zusammenhalt stärken und Teilhabe ermöglichen. Dafür muss die Ungleichheit begrenzt und das Vermögen gerecht besteuert werden.

Kapitalerträge von privaten Großanlegerinnen und Großanlegern wie Spitzeneinkommen aus Arbeit besteuern: durch eine progressive Kapitalertragsteuer von 10 bis 45 Prozent, mit Anrechnung der Unternehmensteuer für Unternehmerinnen und Unternehmer.

Große Erbschaften auch von Betriebsvermögen besteuern, ohne die Existenz zu gefährden: durch ein realistisches Bewertungsverfahren, Verschonungsregeln, die Betriebsvermögen bis 13 Millionen Euro freistellen und nur noch bis 26 Millionen Euro eine bedarfsabhängige Verschonung ermöglichen, sowie die Möglichkeit, die Steuer erst bei der Gewinnentnahme zu zahlen.

Einmalige Vermögensabgabe erheben: basierend auf dem durchschnittlichen Vermögen der letzten drei bis fünf Jahre, mit Freibeträgen für kleine und mittlere Vermögen, zahlbar in zehn Jahren zur Finanzierung eines staatlichen Zukunftsfonds.

2. Soziale Sicherung

Soziale Sicherheit für Alte, Junge, Kranke und aus anderen Gründen eingeschränkte Menschen nach dem Solidarprinzip ist ein gemeinsames gesellschaftliches Ziel. Gerechtigkeit heißt: keine Existenzängste und Sorgen um Wohnung oder Geld für Essen, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sowie die Chance für jedes Kind, sein Potenzial zu entwickeln. Dafür brauchen wir ein System, das unterstützt und gleichzeitig Anreize für Arbeit bietet.

Gesetzliche Krankenversicherung für alle und aus einer Hand schaffen: ohne private Versicherung für Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Kulturschaffende, mit verschiedenen Tarifmodellen und der Möglichkeit zur privaten Zusatzversicherung.

Kleine Renten entlasten, Rentensystem stabilisieren und gerecht finanzieren: durch Steuerfreiheit bis 1.500 Euro und die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen, kombiniert mit einer Maximalrente von 4.500 Euro brutto pro Monat.

Gesetzliche Rente auf Beamtinnen und Beamte ausweiten und das Rentenniveau für sie auf 60 Prozent des letzten Bruttogehalts absenken.

Abstand zwischen Grundsicherung und Mindestlohn erhöhen: durch einen höheren Mindestlohn, einen Grundfreibetrag von 1.500 Euro und eine flachere Steuerprogression auch für Midi-Jobs bei gemeinsamer Veranlagung.

Eine ergänzende Kapitaldeckung für die Rente mit staatlichen Investitionen aufbauen.

3. Umgang mit Steuergeldern

Steuergelder gehören allen, deshalb muss für alle erkennbar sein, wofür sie eingesetzt werden. Der Sozialstaat sollte wieder stärker auf Armutsbekämpfung, Bedürftigkeit, benachteiligte Gruppen und insgesamt gleichwertige Lebensverhältnisse fokussiert sein. Die Kommunen sollten mehr Entscheidungskompetenz und finanzielle Handlungskraft bekommen. Bürgerinnen und Bürger sollten bei gesellschaftlich relevanten Investitionen stärker beteiligt werden.

Regionale Vielfalt effizienter fördern: Durch ein digitales Bundesportal für Förderprogramme und die Bevorzugung regionaler Anbieter bei kleinen Vergabeverfahren.

Bürger und Bürgerinnen bei der Vergabe von Steuergeldern beteiligen: durch vorgeschaltete Bürgerräte und verbindliche Volksentscheide ab bestimmten Ausgabeschwellen nach dem Vorbild der Schweiz.

Effizienter bauen: durch länder- und kommunenübergreifende Zusammenarbeit, regelmäßige Überprüfung von Bauvorschriften und die Stärkung der Bauaufsicht mit konsequenten Sanktionen für Zeit- und Budgetüberschreitungen.

4. Steuerbetrug

Steuerbetrug gefährdet das Politikvertrauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Komplexe und große Fälle dürfen nicht ungeahndet bleiben oder weniger konsequent verfolgt werden. Die Verfolgung muss effizienter, digitaler ▸

Fotos: Robert Boden

und in internationaler Zusammenarbeit erfolgen und personell gestärkt werden. Steuervermeidung von multinationalen Konzernen muss unterbunden werden und Schlupflöcher sollten schneller geschlossen werden.

Komplexe und große Fälle effektiv verfolgen: durch eine zentrale Ermittlungsbehörde, ein Steuerforschungsinstitut, gezielte Personalaufstockung und eine zentrale Fahndungsdatenbank.

Rechtliche Möglichkeiten erweitern und öffentliches Bewusstsein stärken: durch möglichst wenig Raum für Schlupflöcher, eine Kronzeugenregel, E-Rechnungen, die direkt mit den Finanzbehörden geteilt werden, und vor Ort Kontrollen gegen die Einrichtung von Scheinunternehmen sowie öffentliche Berichterstattung mit namentlicher Nennung bei allen großen Fällen.

Titel	Ja	Nein	Enth.	Zustimmung in %	Prio
Einleitung Themenfeld Große Vermögen	**35**	**1**	**2**	**92,1**	
Vermögen gerechter besteuern	35	4	0	89,7	1
Erbschaftssteuer	36	2	1	92,3	2
Einmalige Vermögensabgabe zur Stärkung des Gemeinwesens	29	6	4	74,4	3
Einleitung Themenfeld Soziale Sicherung	**35**	**0**	**2**	**94,6**	
Schaffung einer einheitlichen gesetzlichen Krankenversicherung	29	8	2	74,4	1
Gerechte Altersversorgung	27	7	5	69,2	2
Beamtenpensionen ins Solidarsystem überführen	23	12	4	59,0	3
Abstand zur Grundsicherung erhöhen – Arbeit attraktiver machen	35	1	3	89,7	4
Kapitalgedeckte Rente	29	3	7	74,4	5
Einleitung Themenfeld Umgang mit Steuergeldern	**31**	**0**	**4**	**88,6**	
Regionalförderung verbessern	32	4	3	82,1	1
Bürgerbeteiligung zur Verwendung von Steuergeldern	31	7	1	79,5	2
Kommunale Bauprojekte effizienter gestalten	26	5	7	68,4	3
Einleitung Themenfeld Steuerbetrug	**35**	**1**	**1**	**94,6**	
Mehr Personal und bessere Strukturen	31	4	4	79,5	1
Gesetzliche Grundlage gegen Steuerbetrug	28	9	2	71,8	2

Wie muss eine Steuer beschaffen sein, damit wir sie gern zahlen:

Marilena Piesker schreibt über die Steuerdebatte in der ZEIT vom 24. September 2025:

„Dass Verständigung möglich ist, zeigte in diesem Jahr der Bürgerrat Steuern in Erfurt. 40 zufällig ausgewählte Menschen – Männer und Frauen, Jung und Alt, Städter und Landbewohnerinnen, FDP, AfD – wie Linke-Sympathisanten – erarbeiteten Vorschläge für eine gerechtere Erbschaftsteuer. Von dieser Zusammenkunft hätte man sicher einiges erwartet, nicht jedoch, dass sie sich auf eine Reform der Erbschaftssteuer einigen würden.

Immerhin will die AfD diese am liebsten ganz abschaffen. Die CDU möchte am liebsten, dass alles so bleibt, wie es ist. Und die Linken wollen deutlich mehr Einnahmen aus Erbschaftsteuer erzielen, indem sie die Freibeträge senken und den Spitzensteuersatz auf 60 Prozent ab einer Erbschaft von drei Millionen Euro anheben will.

Aber dem Ergebnis, dass zum Beispiel Unternehmensvermögen von der Erbschaftsteuer nicht mehr ausgenommen sein soll, stimmten 93 Prozent der Teilnehmenden zu. Konkret beschlossen sie, dass ab 13 Millionen Euro Unternehmenswert eine Bedürfnisprüfung greife, und ab 26 Millionen Euro in jedem Fall eine Steuer anfallen solle. Unternehmensvermögen und Privatvermögen sollen klar getrennt werden. Gezahlt wird erst bei Gewinnausschüttungen – die Substanz bleibt also erhalten, hohe private Erbschaften werden hingegen konsequent besteuert.

Dass sich Menschen mit so unterschiedlichen politischen Haltungen auf eine Reform einigen konnten, zeigt: Die Akzeptanz einer Steuer hängt nicht allein von Paragrafen oder Sanktionen ab, sondern auch von dem Vertrauen, dass ein System gerecht ist, dass es nachvollziehbar funktioniert – und alle ihren Teil leisten, besonders jene, die viel haben.

Nur wenn dieses Vertrauen besteht, entsteht Steuermoral. Und nur dann kann auch eine so umstrittene Abgabe wie die Erbschaftsteuer breite Akzeptanz finden. Oder aus Sicht des besteuernden Staates: Wenn die Reichen zähneknirschend zahlen und nicht auswandern, haben wir einen guten Kompromiss gefunden.“

Foto: Lucia Hofmaier

Was wir gelernt haben: Kurze Reflektion des Konzepts

War das Thema zu breit gefasst?
Gerechte Steuern und Finanzen umfasst ein zu großes Themengebiet, deswegen war die Konzentration auf die beiden Fokusthemen Erbschaft-/Vermögensteuer und Rente sinnvoll. Beide Themen sind geeignet, da sie aktuell in der politischen Diskussion und umstritten sind. Die Empfehlungen der Steuerdebatte sind für ein breites, politisches Spektrum mehrheitsfähig und deswegen für den politischen Diskurs anschlußfähig. Für die Themen Steuerverschwendung und -betrug ist hohes Fach- und Detailwissen nötig. Sie hätten vermutlich besser über Stakeholder Prozesse bearbeitet werden können.

Wie hilfreich war die vorgeschaltete Onlinebeteiligung?
Die Online-Beteiligung erzeugte Aufmerksamkeit und ermöglichte uns den Zugang zur Bundespressekonferenz. 18.000 Teilnehmende schafften eine zusätzliche Legitimation. Es gelang jedoch nicht weitere Medienpartner für die Online-Beteiligung zu gewinnen. Dafür mangelte es an Vorlaufzeit. Die meisten Medien haben mittlerweile zudem selbst Mitmach-Tools im Einsatz und erhalten durch das angebotene Abstimmungs-Tool zu wenig Mehrwert. Das Agenda-Setting hätte auch ohne diesen Vorlauf funktioniert.

Wie hat das Prozessdesign funktioniert (vier Tage am Stück, nur 40 Teilnehmende, etc.)
Die viertägige Tagungszeit von Mittwochabend bis Sonntagmittag ermöglichte einen tieferen Einstieg als die gleiche Zeit über zwei Wochenenden verteilt. Das Konzept muss in diesem Fall dann noch gründlicher durchdacht werden, da Anpassungen wie sonst zwischen zwei Wochenenden nicht mehr möglich sind. Ebenso waren die vier Tage für den Community-Building-Prozess unterstützend. Im Verlauf der Bürgerdebatte sprang bemerkenswerterweise niemand ab. Auch mit nur 40 Teilnehmenden und bis zu acht Kleingruppen á fünf Personen konnte eine ausreichende Vielzahl an Perspektiven eingebracht werden.

Haben wir es geschafft Informationsbarrieren zu überwinden?
Fachspezialisten (sogenannte Flying Experts) konnten jederzeit an die Tische gerufen werden, um Detailfragen zu klären oder Zusammenhänge zu vermitteln. Das Angebot wurde nahezu ununterbrochen genutzt. Oft wurden auch das NWG und der BdSt gleichzeitig von einer Gruppe angefragt, um sich Pro- und Contra-Argumente darstellen zu lassen. Dieser hohe Personaleinsatz ist bei einer 40er-Gruppe leichter zu realisieren. Auch der spielerische Einsatz von Legobausteinen, um den Haushalt in seinem Größenordnun- ►

gen auch haptisch und in 3D darzustellen, war wichtig, kostete aber auch viel Zeit.

Wie hat die Arbeit mit Werten funktioniert?
Die Wertearbeit brachte den Teilnehmenden eine tiefere, philosophische Dimension näher, allerdings konnte diese nicht immer auf die konkreten Empfehlungen übertragen werden. Biografische Prägungen (wie Leistungsprinzip) überlagern in der Regel neue Einsichten.

War die Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich?
Für einen zivilgesellschaftlich organisierten Bürgerrat war die Berichterstattung mit Fernsehberichten im ZDF heute und mdr Thüringen, sowie hunderten weiterer Berichte ansehnlich. Die Zielsetzung eine gesellschaftliche Debatte anstoßen und mit unseren Teilnehmenden in die großen Talk Shows zu kommen, haben wir nicht erreicht.

Wie wirken die Ergebnisse?
Das Bürgergutachten wurde erst vor einigen Wochen übergeben, eine direkte politische Wirkung ist noch nicht absehbar. Die anstehenden, politischen Weichenstellungen zur Erbschaftssteuerfrage oder dem Rentenversicherungssystem sind in der Bundespolitik noch nicht beantwortet. /

Roman Huber
ist geschäftsführender Vorstand von Mehr Demokratie.

Ein Wort vom Netzwerk Steuergerechtigkeit: Auf dem Weg zu einer informierten Debatte und konsensfähigen Empfehlungen zur Steuer- und Finanzpolitik

von Christoph Trautvetter

In der deutschen Steuer- und Finanzpolitik herrscht seit fast 20 Jahren Stillstand – von zwei großen Schuldenpaketen in der Corona-Zeit und zum Start der aktuellen Bundesregierung einmal abgesehen. In der Zwischenzeit hat das Bundesverfassungsgericht die Privilegien für sehr große Erbschaften mehrfach als verfassungswidrig erklärt, und der Bundesrechnungshof fordert zunehmend nachdrücklich Reformen bei der Mehrwertsteuer.

Aber die politischen Parteien können sich nicht einigen oder trauen sich nicht an die nötigen Reformen. Auf der Suche nach Wegen, diesen Stillstand zu beenden und die Gerechtigkeitslücken im Steuersystem zu beseitigen, stoße ich seit einigen Jahren immer wieder auf die Idee von Bürgerräten. Sie sollen Informationsbarrieren überwinden und konstruktive Debatten auch über schwierige Themen ermöglichen können.

Jetzt haben wir es ausprobiert und drei spannende Antworten.

1. **Verständigung ist möglich:** Bei einer Umfrage im September 2025 sprachen sich nur 51 Prozent der Menschen für eine höhere Erbschaftsteuer auf große Vermögen aus. Auch die Teilnehmenden unserer Bürgerdebatte waren anfangs skeptisch. Am Ende stand ein Kompromiss, der mit nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung die höchste Zustimmung erzielte. Was genau dazwischen passiert ist, werten wir derzeit gemeinsam mit der Universität Duisburg-Essen aus. Was sich aber schon jetzt sagen lässt: Die Empfehlung ist sowohl für die „linke" als auch für die „rechte Seite" schwer verdaulich, weil sie Gewinne bis zur finalen Ausschüttung verschont und damit das Wachstum großer Vermögen nicht stoppt, bei der Ausschüttung aber voll zugreift. Ein gelungener Kompromiss für die aktuelle Debatte?
2. **Über Geld reden lohnt sich:** Das Thema Steuern und Finanzen hat sicherlich einige der Angeschriebenen von einer Registrierung abgeschreckt, andere konnten erst durch intensive Telefonate oder Hausbesuche überzeugt werden. Die vierzig ausgelosten Teilnehmenden haben – mit und ohne Vorkenntnisse – intensiv und teilweise bis spät in die Nacht debattiert. Sie konnten so ihr Gerechtigkeitsempfinden in gemeinsame Worte fassen und dreizehn konkrete, konsensfähige Empfehlungen auszuarbeiten. Besonders beeindruckend war für mich, wie schnell sich die Menschen bei grundlegenden Gerechtigkeitsfragen und Gesellschaftsvorstellungen einig waren, auch wenn sie aus ganz unterschiedlichen Perspektiven auf die Welt blickten. Das macht mir Hoffnung für die Demokratie.
3. **Eine Bürgerdebatte reicht nicht, um die Welt zu verändern:** Der größte Haken an Bürgerräten ist, dass ihre Empfehlungen selten umgesetzt und oft auch nicht breit wahrgenommen werden. Unsere Bürgerdebatte kann etwa den jahrzehntelangen, stark ideologisch geführten Konflikt um die Erbschaftsteuer nicht auflösen. Auch die meisten Teilnehmenden machen sich nach meinem Eindruck keine Illusionen darüber. Einig waren sich aber fast alle, dass jeder Mensch die Chance haben sollte, Demokratie so direkt zu erleben. In den derzeit intensiv geführten Debatten über Steuer- und Finanzpolitik werde ich mich dafür einsetzen, den Empfehlungen der Bürgerdebatte und den Teilnehmenden Gehör zu verschaffen.

Was ich sonst noch gelernt habe: Die meisten Menschen haben ihre Gerechtigkeitsvorstellungen bislang nicht in konkrete Zahlen gefasst. Unsere Schaumstoffwürfel zum Staatshaushalt haben noch viel Potenzial für die kommenden Debatten über öffentliche Haushalte in Bund, Ländern und Kommunen. Von einer konkreten Debatte darüber, wer womit wie viel verdient, könnten alle Teilnehmenden – und auch die öffentliche Diskussion – profitieren. Welche Argumente überzeugen und wie Menschen ihr neu gewonnenes Verständnis in Worte fassen, müssen wir uns noch genauer anschauen. Es gäbe also Anlass genug für weitere Bürgerdebatten. Ich persönlich wäre sehr gerne dabei. /

Christoph Trautvetter
ist Koordinator beim Netzwerk Steuergerechtigkeit. Er hat das Projekt Steuerdebatte ins Leben gerufen und 2023 eine Machbarkeitsstudie dazu durchgeführt.

Foto: Robert Boden

REVIEW

Ein Wort vom Bund der Steuerzahler: Mit fachlicher Kompetenz Teil der Bürgerdebatte

von Janek Bruno Werner

Wie viel Staat können und wollen wir uns leisten? Was bedeutet „Gerechtigkeit" in der Steuer- und Finanzpolitik? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der bundesweiten Bürgerdebatte „Gerechte Steuern und Finanzen". Diese Themen begleiten auch den Bund der Steuerzahler seit seiner Gründung. Die Bürgerdebatte zeigt: Angesichts massiver Neuverschuldung, neuer Sondervermögen, sowie hoher Steuer- und Abgabenbelastung für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind diese Fragen heute aktueller denn je.

Bereits an der ersten Phase der breit angelegten Onlinebeteiligung nahmen über 18.000 Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichsten Perspektiven teil. Deutlich wurde: Viele Menschen wünschen sich mehr Transparenz im Umgang mit Steuergeld, weniger Verschwendung und eine ausgewogene Balance zwischen Belastung und Entlastung.

Anschließend kamen 40 zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Bundesgebiet in Erfurt zusammen, um an zwei Wochenenden zentrale steuer- und finanzpolitische Fragen zu diskutieren. Unterstützt wurden sie durch verschiedene Fachleute. Unsererseits waren BdSt-Präsident Reiner Holznagel und Daniela Karbe-Geßler, Leiterin Steuerrecht und Steuerpolitik, dabei, um die Debatte mitzugestalten – mit einem klaren Fokus auf solide Haushaltsführung, Entlastung der Mitte und Effizienz im Staat.

Für uns als Bund der Steuerzahler steht fest:

1. **Eine gerechte Steuerpolitik muss nicht nur Lasten fair verteilen, sondern auch die Leistungsbereitschaft stärken und den Staat zu sparsamerem Handeln anhalten.** In den Worten von Reiner Holznagel anlässlich des Auftakts der Bürgerdebatte: „Am Ende geht es darum, eine Finanzpolitik zu betreiben, die auf breite Akzeptanz stößt." Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen daher bei wichtigen Weichenstellungen eingebunden und ausreichend informiert werden.
2. **Außerdem muss der Staat seine Aufgaben klar priorisieren, überbordende Bürokratie abbauen und Ausgaben überprüfen.** All dies schafft und stärkt das Vertrauen in den Staat. Forderungen nach einer höheren Belastung einzelner Gruppen, etwa durch eine Vermögensteuer, lösen hingegen nicht die strukturellen Probleme in Deutschland. Es braucht vielmehr gezielte Reformen, die Wachstum fördern, Investitionen erleichtern und damit unseren Wohlstand langfristig sichern.

Passend dazu enthält das Bürgergutachten, Ergebnis der Bürgerdebatte, Anregungen zu Reformen, etwa zur Entlastung kleiner Renten oder zur effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel. Das Dokument wurde symbolisch den Bundestagsabgeordneten Georg Günther (CDU) und Katharina Beck (Bündnis 90/Die Grünen) übergeben. So ziehen wir als Bund der Steuerzahler eine überwiegend positive Bilanz: Die Bürgerdebatte hat gezeigt, dass sich viele Menschen differenziert mit Finanzpolitik auseinandersetzen wollen. Sie wünschen sich einen Staat, der seine Mittel wirksam und verantwortungsvoll einsetzt und den Mut hat, Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Gleichzeitig hat sich bestätigt, dass das Themenfeld sehr komplex ist: Die Vielzahl politischer Fragestellungen kann in zwei Wochenenden nicht abschließend debattiert werden. Diese Themen erfordern oft eine tiefergehende und differenzierte Auseinandersetzung. Dennoch ist die Bürgerdebatte ein wichtiger Anfangspunkt für die Gestaltung künftiger Steuer- und Finanzpolitik. Diese muss – dafür steht unser Verband – gerecht und effizient gestaltet sein und die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen: als Steuerzahler, Mitgestalter und Stimme der Vernunft. /

Weitere Infos zur Bürgerdebatte sowie das vollständige Gutachten mit allen Ergebnissen und Empfehlungen unter:
▶ **www.steuerdebatte.info**

Janek Bruno Werner
ist Referent des Präsidenten beim Bund der Steuerzahler Deutschland. Zuvor war er in der Unternehmensberatung tätig.

Fotos: Lucia Hofmaier

Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?

von Karl-Martin Hentschel

Ein Facharbeiter verdient im Jahr netto etwa 27.000 Euro. Der Bundeskanzler verdient netto – ohne seine vielen Nebeneinkünfte – rund 150.000 Euro. Das ist fast das Sechsfache. Arbeitet er so viel mehr? Ist das gerecht? Die meisten Menschen finden: Ja, das ist in Ordnung.

Aber Michael Blume, der VW-Vorsitzende und zugleich bestbezahlte Manager Deutschlands, verdient 5,4 Millionen Euro netto. Das ist 36-mal (!) so viel wie der Bundeskanzler und über zweihundertmal so viel wie ein Facharbeiter. Kann man so viel überhaupt ausgeben? Ist das gerecht? Macht das glücklicher? An dieser Stelle trennen sich die Meinungen.

Und Herr Kühne, einer der reichsten Männer Deutschlands? Der hat 2022 netto 3,3 Milliarden Euro verdient – 3.300 Millionen. Diese Zahl sagt niemandem mehr etwas. Das ist über 600-mal so viel, wie der superreiche VW-Vorsitzende Blume verdient hat, oder so viel wie 20.000 Bundeskanzler oder 120.000 Facharbeiter.

Nehmen wir mal an, ein Facharbeiter wäre sehr sparsam und würde jedes Jahr die Hälfte seines Einkommens auf die hohe Kante legen. Dann müsste er 250.000 Jahre arbeiten, um so viel anzusparen, wie Herr Kühne in einem einzigen Jahr verdient. Zur Erinnerung: Jesus Christus ist vor 2.000 Jahren gestorben. In dieser Zeit hätte der Facharbeiter nicht mal ein Hundertstel des Jahreseinkommens von Herrn Kühne angespart.

Um aber so viel anzusparen, hätte der Facharbeiter bereits drei Millionen Jahre sparen müssen. Das ist zehnmal so lange wie bis zum Beginn der Steinzeit. Damals gab es weder den Homo sapiens noch den Neandertaler – nicht einmal den ältesten aller Urmenschen.

Aber der Reichtum von Kühne entstand nicht durch Sparen. Der Vater von Herrn Kühne hatte im Dritten Reich das Privileg, mit seiner Spedition die Haushalte von 80.000 jüdischen Familien, die ins Exil oder ins KZ gezwungen wurden, zu entsorgen. Das war der Grundstein von Kühne + Nagel, heute die drittgrößte Spedition der Welt. Und Kühne ist kein Sonderfall: Die Hälfte aller Multimillionärsfamilien gehörte schon im Kaiserreich zu den Großvermögenden. Viele haben mit den Nationalsozialisten eng kooperiert und davon profitiert.

Gift für die Demokratie

Heute muss man feststellen: Das System ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Die vier reichsten Familien Deutschlands besitzen mittlerweile mehr Vermögen als die Hälfte der Bevölkerung. Seit 1980 hat sich das Vermögen des reichsten ein Prozents verachtfacht. Der Anteil der ärmeren Hälfte – also von 42 Millionen Menschen – am Vermögen Deutschlands ist von fünf Prozent auf unter zwei Prozent gesunken.

„Ungleichheit ist Gift für die Demokratie" warnt daher Roger de Weck, Ex-Chefredakteur der ZEIT. Denn „Überreichtum verletzt die Idee der politischen Gleichheit" sagt Martin Schütz, Ökonom und Psychologe. Und Professor Harald Trabold glaubt, dass wir auf dem Weg in eine Plutokratie sind. Tatsächlich zeigen empirische Studien, dass Milliardäre eine große politische Macht ausüben. Sie reicht von sanfter, gekaufter Lobbyarbeit der Bertelsmann-Stiftung (kontrolliert von Liz Mohn) bis zu berechnender Machtausübung wie im Fall von Elon Musk. Fast alle großen privaten Fernsehgesellschaften, Social-Media-Plattformen, Filmstudios, Buchverlage, Zeitungen und Zeitschriften sind bereits in den Händen von Milliardären.

Auch die indirekten Wirkungen der Ungleichheit sind bedrohlich. So warnen Verbände davor, dass Ungleichheit Gift für den Klimaschutz ist. Denn die Bereitschaft, sich für die Zukunft zu engagieren und gegebenenfalls Opfer zu bringen, schwindet in einer ungerechten Gesellschaft. Und sie ist auch Gift für den Sozialstaat, stellen die Sozialverbände fest. Denn in einer ohnehin ungerechten Welt, in der es kein Vertrauen mehr in die Demokratie gibt, lohnt sich auch der Kampf um Gerechtigkeit nicht mehr. Es beginnt der Kampf jeder gegen jeden – gegen Einwanderer, gegen Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger und schließlich sogar gegen Obdachlose.

Nun sollte man denken, dass wenigstens die wohlhabenden Schichten von der Ungleichheit profitieren. Aber nicht einmal das ist der Fall. Denn Ungleichheit ist auch Gift für die Wirtschaft. Wie kann das sein? Nun: Was können Milliardäre für ihr Geld kaufen? Sie kaufen vor allem Aktien und Immobilien. Das aber führt zur Inflation der Vermögenspreise und nicht zu den nötigen Investitionen in die Wirtschaft und in die öffentliche Infrastruktur. Damit werden dem ökonomischen Kreislauf Billionen entzogen. Zugleich fehlt dem Staat das Geld, um die nötigen Zukunftsinvestitionen zu tätigen – und so das Geld wieder in die Wirtschaft zurückzugeben.

Ein Memorandum der christlichen Kirchen Europas von 2025 lautet daher: „Deshalb fordern wir eine demokratische Rückverteilung des Reichtums: durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe." Das kann man nur unterstützen.

Was kann man tun? Ein Blick in die Geschichte

Ein Blick in die Historie hilft: Gerechtigkeit und Umverteilung waren die Grundversprechen der Demokratien seit der Französischen Revolution. Auch beim Sturz des deutschen Kaisers 1918 ging es um Gerechtigkeit. Und tatsächlich gab es Zeiten, in denen umverteilt wurde. Entscheidend dafür waren die beiden schrecklichen Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise 1929. ▸

Der Finanzminister Matthias Erzberger – kein Sozialist, sondern von der katholischen Zentrumspartei – führte 1919 die progressive Einkommen- und Vermögensteuer ein. Die seit 1.000 Jahren angehäuften Vermögen des Adels sollten endlich gerecht besteuert werden. Ein gefährliches Unterfangen: Der konservative, aber sozial eingestellte Minister Erzberger wurde beschimpft, bedroht und schließlich von Rechtsradikalen ermordet. Millionen einfache Menschen gingen damals aus Protest auf die Straße. Seine Mörder setzten sich ins Ausland ab und wurden im Dritten Reich sogar gefeiert. Die Steuern aber wurden trotzdem erhöht – diesmal, um den Krieg zu finanzieren. Die Millionäre jedoch bekamen Privilegien, Zwangsarbeiter und die Ausschaltung der Gewerkschaften.

Nach dem Elend der Weltwirtschaftskrise, dem daraus erwachsenen Zusammenbruch vieler Demokratien und dem Massenmorden im Zweiten Weltkrieg zogen selbst konservative Politiker radikale Schlüsse. Präsident Franklin D. Roosevelt war der Ansicht, dass „kein US-Bürger mehr als 25.000 Dollar verdienen sollte". Das wären heute etwa eine halbe Million Dollar.

Und tatsächlich: Er setzte sich durch. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag der Spitzensteuersatz auf Einkommen in den USA, Großbritannien und Deutschland über 90 Prozent – dazu kamen hohe Vermögen-, Erbschaft- und Körperschaftsteuern. In Deutschland gab es zudem einen Lastenausgleich von 50 Prozent auf alle Realvermögen und eine Abwertung der Geldvermögen um 93,5 Prozent. Über mehrere Jahrzehnte wurde real von oben nach unten umverteilt. Und das Vertrauen in die Demokratien wuchs.

Wichtig war aber, dass diese Politik auch ökonomisch erfolgreich war. Mit den Steuern und Abgaben wurde das zerstörte Europa wieder aufgebaut, die Wirtschaft florierte, die Sozialsysteme schufen Sicherheit, und die Demokratie wurde nach dem Ende des Kalten Krieges 1990 erstmals zur dominierenden Regierungsform in der Welt.

Aber schon ab 1980 hatte die Kehrtwende begonnen. Mit dem Regierungsantritt von Ronald Reagan und Margaret Thatcher wurde der Neoliberalismus zur dominierenden Wirtschaftstheorie. Nun begann ein weltweiter Steuersenkungswettlauf, die Märkte wurden wieder dereguliert und die Ungleichheit nahm zu. Mittlerweile erreicht sie in den USA und vielen anderen Ländern ein Ausmaß, das das Vertrauen in die Demokratie weltweit infrage stellt.

Und in Deutschland? 1991 wurde die Börsensteuer abgeschafft. Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Die Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen über 26 Millionen Euro liegt seit 2017 durch Sonderregeln unter zwei Prozent. 1990 waren es noch 30 Prozent – für normale Erben gilt das auch heute noch. Und die Einkommensteuer? Während ein Geringverdiener an Lohnsteuern und Sozialabgaben etwa 40 Prozent zahlt, zahlen Milliardäre wie Frau Klatten, die reichste Frau Deutschlands, aufgrund einer Sonderregel nur noch 1,5 Prozent. Deutschland ist zum Selbstbedienungsladen für Superreiche geworden.

Und die Menschen spüren diese Entwicklung. „Reich ist geil" lautet die Devise. Von gesellschaftlicher Verantwortung wird nicht mehr geredet. Und das hat Auswirkungen. Während in der wohlhabenden Mittelschicht noch 70 Prozent Vertrauen in die Demokratie haben, sind es im ärmeren Teil der Bevölkerung nicht einmal jeder Dritte. Diese Entwicklung ist weltweit zu beobachten. Autokraten werden populär. Seit der Jahrtausendwende nahm die Zahl der Menschen in einigermaßen demokratisch regierten Ländern von über 50 Prozent auf unter 30 Prozent ab.

Die Demokratie ist in Gefahr. Was heißt Umverteilen?

Führende Wirtschaftswissenschaftler wie Thomas Piketty, Gabriel Zucman, Emmanuel Saez oder Josef Stiglitz sind sich mittlerweile einig: Wenn wir diese fatale Entwicklung stoppen wollen, müssen wir wieder umverteilen.

Umverteilen? Kaum jemand macht sich eine Vorstellung davon, was das in der Realität bedeutet. Dazu reicht es nämlich nicht aus, Milliardäre nur so hoch zu belasten wie normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch die von Brasiliens Präsident Lula da Silva vorgeschlagene weltweite Vermögensteuer von zwei Prozent für Milliardäre wäre nur ein kleiner erster Schritt. Sie würde substantiell nichts ändern. Denn die Vermögen der Milliardäre wachsen seit 40 Jahren im Durchschnitt um über sieben Prozent jährlich – und zwar „nach Steuern". Daher würde auch mit der Lula-Steuer die Ungleichheit weiter rasant zunehmen.

Damit wirklich umverteilt wird, brauchen wir – wie in den 1950-er-Jahren – wieder ein Steuersystem, das faktisch Obergrenzen für Vermögen und Einkommen definiert. Wer damals mehr als 250.000 DM (entspricht heute etwa zwei Millionen Euro) verdiente, musste oberhalb dieser Grenze 95 Prozent abgeben – es lohnte sich also nicht, mehr zu verdienen. Man müsste

es auch nicht.
Denn auch damit konnten die Reichen in Saus und Braus leben. Heute liegt die Sparquote der Superreichen bei über 99 Prozent. Sie brauchen das Geld nicht. Denn ein Prozent von drei Milliarden sind immer noch dreißig Millionen. Mit dem restlichen Milliardeneinkommen vergrößern sie nur immer weiter ihr ohnehin riesiges Vermögen.

Und das Gute an einer Besteuerung dieser Vermögen wäre: Damit würden dem Staat die nötigen Mittel zur Verfügung stehen, um das Sozialsystem, die nötigen Zukunftsinvestitionen und die Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft zu finanzieren.

Und wird das nicht zu teuer? Können wir uns das leisten? Schadet das der Wirtschaft?

Zum Glück schadet es nicht – im Gegenteil. Denn das Geld, das der Staat als Steuern einnimmt und dann wieder ausgibt, fließt ja in die Wirtschaft zurück. Und die Menschen, die das Geld bekommen, geben es wieder aus – wie in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Maja Göpel, die Ex-Vorsitzende des WBGU – des wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen – sagt dazu: „Eigentum muss seine Grenze dort finden, wo es die Freiheit anderer einschränkt, also zu übermäßiger Machtakkumulation führt.“ Bill Gates sah das ähnlich: „Die Erbschaftsteuer sollte bei Erbschaften auf hohem Niveau bei über 90 Prozent liegen.“ (Interview mit Johanna Jürgens und Roman Pletter in der ZEIT Nr. 6/2025). Und was sagte der Urvater der Liberalen? „Gerade die Anerkennung des Leistungsprinzips muss zu einer Beschränkung des Vermögens beitragen. Und nicht zuletzt gefährdet die Reichtumskonzentration die Freiheit einer Gesellschaft.“ (John Stuart Mill, Vordenker des Liberalismus, 1857)

Was bedeutet das für Mehr Demokratie e. V.?

Die Bundesmitgliederversammlung von Mehr Demokratie e. V. hat im Mai 2025 einen wegweisenden Beschluss zum Thema Ungleichheit und Demokratie gefasst. Darin heißt es:

Denkbare politische Schritte sind:

- Zielvorgaben für das Steuer- und Sozialsystem in die Verfassung aufnehmen, zum Beispiel eine Begrenzung der Vermögenskonzentration, eine Beschränkung der Spanne der Einkommen und ein maximaler Index für Ungleichheit.
- Regeln, die eine angemessene Repräsentation von benachteiligten Gruppen in politischen Ämtern und Gremien sicherstellen.
- Gezielte Ausstattung der Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen mit Mitteln für die Förderung benachteiligter Menschen.
- Stärkung der Demokratie in der Wirtschaft, damit die Menschen dort, wo die materiellen Grundlagen der Gesellschaft erarbeitet werden, mehr Demokratie erfahren und lernen.
- Steigerung der Attraktivität und der Möglichkeit politischer Partizipation aller Bevölkerungsgruppen.

Als ersten Schritt hat Mehr Demokratie zusammen mit dem Bund der Steuerzahler und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit einen kleinen Bürgerrat organisiert, die „Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen“, die 13 Forderungen an die Politik übergeben hat – darunter eine volle Besteuerung von Erbschaften über 26 Millionen und eine Besteuerung von Kapitaleinkommen wie Arbeitseinkommen.

Mittlerweile hat sich bundesweit eine Allianz „Vermögen besteuern jetzt“ gebildet. Zu der gehören Gewerkschaften wie der DGB, Verdi und die GEW – Sozialverbände wie die AWO, der Paritätische, der Sozialverband Deutschland und der Sozialverband VdK – kirchliche Organisationen wie Brot für die Welt und Miserior – Umweltverbände wie Greenpeace, die Klima-Allianz und 350.org sowie einschlägige NGOs wie das Netzwerk Steuergerechtigkeit, Attac, Oxfam und die Millionärsinitiative Taxmenow.

Wir würden uns freuen, wenn Mehr Demokratie sich an dieser Allianz beteiligt. /

Karl-Martin Hentschel
ist Mathematiker, war viele Jahre im Bundesvorstand von Mehr Demokratie und ist Mitglied bei Attac. 2024 hat er ein Buch mit dem Titel „Steuer-Revolution! Ein Konzept zur Rückverteilung von Reichtum, zu mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz“ veröffentlicht.

Illustration: Planet Flem/istock

Sprechen & Zuhören: Wie Dialog demokratische Kultur stärkt

Demokratie braucht das Gespräch. Doch in einer Zeit wachsender Spannungen wird echtes Zuhören zur Seltenheit. Unser Dialogformat Sprechen & Zuhören schafft Räume, in denen Menschen sich wieder begegnen können. Drei Gastgeberinnen berichten.

von Grit Bümann

Unsere Demokratie lebt vom Gespräch – nicht nur in Parlamenten, sondern im alltäglichen Miteinander. Zugleich erleben wir Vertrauensverluste, affektive Polarisierung, fragmentierte Öffentlichkeiten und harte Sachkonflikte. Oft fehlen Orte, an denen Erfahrungen, Emotionen und Perspektivwechsel Raum finden.

Genau hier setzt Sprechen & Zuhören (S&Z) von Mehr Demokratie an: ein bewusst schlichtes Dialogformat, das Gleichwertigkeit herstellt und spürbar macht. Vier Menschen, drei Runden, je vier Minuten Sprechzeit – die anderen hören zu, ohne zu unterbrechen. Der klare Rahmen schafft Orientierung und Verlässlichkeit. So werden nicht nur Argumente hörbar, sondern Lebenswirklichkeiten, Zweifel und Haltungen. Das Ergebnis: mehr Empathie, Gelassenheit, Zuversicht und die Erfahrung, dass demokratische Verständigung eingeübt werden kann.

Wir organisieren S&Z-Dialoge bundesweit und fördern zugleich Selbstorganisation – mit Fortbildungen, die jede und jeder nutzen kann, um S&Z eigenständig anzubieten. 2025 haben über 700 Menschen an den eintägigen Fortbildungen teilgenommen. Neben mehr als 80 von Mehr Demokratie initiierten Dialogen fanden rund 150 S&Z-Veranstaltungen aus der Community of Practice, unserem Netzwerk aus S&Z-Moderatorinnen und -Moderatoren, statt. Unser Ziel ist eine S&Z-Bewegung, die überall dort entsteht, wo mindestens vier Menschen bereit sind, einander wirklich zuzuhören.

Sprechen & Zuhören auf einen Blick

- Ziel: Begegnung auf Augenhöhe; Gleichwertigkeit durch gleiche Redezeit; Verstehen statt Debatte.
- Ablauf: Vierergruppe, drei Runden, eine Leitfrage; pro Runde vier Minuten Sprechzeit, die anderen hören ohne Zwischenfragen zu; kurzer Austausch im Plenum.
- Rahmen: Sichtbare Regeln, Ein- und Auschecken, Vertraulichkeit; Stille darf sein.
- Wirkung: Mehr Empathie, klarere eigene Haltung, Zuversicht; hilft, voreilige Vereinfachungen zu überwinden und gemeinsame Bezüge zu finden.

Foto: Adam Sevens

Charlotte Weber – Gastgeberin der „Demokratie-Dienstage“ in Freiburg

Ehemalige Lehrerin (Deutsch, Politik, Geschichte, Ethik), seit Jahrzehnten in Freiburg. Als Mitglied von Mehr Demokratie bietet sie S&Z in der Stadtbibliothek an – regelmäßig und gut vernetzt.

Warum organisierst du S&Z?

Transformation wurde für mich explizit ein Thema, als ich vor etwa acht Jahren die *Pioneers of Change* kennenlernte. Ein „Kulturwandel“ auf allen Ebenen war nicht länger nur ein Kopfwunsch, sondern eine reale Möglichkeit mit einer Vielzahl von neuen Methoden, Perspektiven und Begegnungsformen. Während ich meinen hungrigen Geist mit einer Menge Wissen fütterte, trainierte ich ganz praktisch neue Formen der Begegnung, neue Gesprächsformate und vor allem herausfordernde Perspektivwechsel. Und seit es das Format Sprechen & Zuhören gibt, beteilige ich mich online an dem besonderen Austausch zu gesellschaftspolitischen Themen. Diese Begegnungen bedeuteten für mich eine Übertragung und Ausweitung der mir inzwischen vertrauten neuen Gesprächskultur in den gesellschaftspolitischen Raum hinein.

Was passiert in den Runden – welche Momente bleiben?

Als Moderatorin kann ich nicht in die Sprechenden hineinsehen, sondern nur erahnen, welche inneren Prozesse ablaufen. Und so sind es oft die „leisen“ Wendepunkte, die nachhaltige Wirkung zeigen. Zweimal flossen Tränen – weshalb seither auch Kleenex-Tücher zum Equipment gehören. Einige Runden waren so intensiv und berührend, dass ich mir Tonaufnahmen gewünscht hätte, um sie Politikerinnen und Politikern vorspielen zu können. Eine junge Frau, die mehrfach hintereinander teilnahm, berichtete, dass sie in ihrer Familie eine Art Familienrat nach diesem Setting angeregt und bereits durchgeführt habe. Und bei allen Treffen formulieren Teilnehmende auch ihre Absicht, in persönlichen Handlungsfeldern wirksamer zu werden. ▸

Welche Wirkung nimmst du wahr?
Der bleibende Eindruck eines jeden Dialogs bezieht sich selten auf das Thema, das im Fokus steht, sondern auf das persönliche Erleben, auf die neue Erfahrung, auf das Gefühl des Gesehen-, Gehört- und Verstandenwerdens – verbunden mit einem Gefühl der Dankbarkeit, dass das Format angeboten wird. Für mich bedeutet es reale Friedensarbeit.

Tipps von Charlotte Weber

- Regeln und Leitfrage sichtbar machen – Orientierung gibt Sicherheit.
- Ein- und Auschecken konsequent nutzen – erdet und fördert Reflexion.
- Ressourcen teilen: Netzwerke aktivieren und die Kompetenzen der Mitglieder nutzen.

Mareike gr. Darrelmann – Konfliktcoach & Community-Builderin in Viersen

Selbstständige Business- und Konfliktcoach (17 Jahre) in Viersen (NRW). Als Mitglied von Mehr Demokratie organisiert sie Sprechen & Zuhören (S&Z) ehrenamtlich an verschiedenen Orten ihrer Stadtgesellschaft und NRW-weit.

Was hat dich motiviert?
Ich habe mir 2024 die Frage gestellt: „Was würde passieren, wenn sich alle Menschen gehört und gesehen fühlen?" Als Konfliktcoach erlebe ich in der Konfliktbegleitung diese *magic moments*, wenn durch echtes Zuhören auf einmal gegenseitiges Verstehen und Verständnis wieder Raum – und damit eine Chance – bekommt. Und genau davon wollte ich mehr. Ich habe mich dann auf die Suche gemacht, welche Angebote es bereits gibt. Nach ein paar Monaten Recherche bin ich auf Sprechen & Zuhören von Mehr Demokratie e. V. gestoßen und habe sofort gespürt: „Das ist es."

Welche Begegnung hat dich besonders bewegt?
In einer der letzten Veranstaltungen, die ich moderiert habe, waren zwei Teilnehmende mit einer psychischen Beeinträchtigung dabei. Ich hatte im Vorfeld mit der pädagogischen Betreuerin darüber gesprochen, ob S&Z wirklich für alle Menschen geeignet ist. Wir waren uns beide einig: Ja. Es war wunderschön zu erleben, wie Komfortzonen auf allen Seiten verlassen wurden und sich für alle Beteiligten im Gesprächskreis ganz neue (Lebens-)Welten auftaten.

Was bewirkt S&Z?
Ein besonderes Aha-Erlebnis hatte ich selbst, als ein Teilnehmer sagte: „Sprechen & Zuhören ist Gleichberechtigung. Denn jede Person bekommt ihre vier Minuten – ob sie in der Zeit redet oder schweigt." Und genau so ist es. Wie oft erlebe ich, dass die Lauten und Extrovertierten sicht- und hörbarer sind und die Stillen und Introvertierten sich weniger Raum in Diskussionen, in Gesprächen und damit auch in der Gesellschaft nehmen – und dadurch weniger Gehör finden. Beim Dialogformat Sprechen & Zuhören haben alle die gleiche Zeit – und auch wenn du innehältst, bedeutet das nicht den Startschuss für jemand anderes.

Tipps von Mareike gr. Darrelmann

- Mit Netzwerken starten: etwa Ehrenamtsakademie, VHS, Schulen, Kommunalstellen.
- Rahmen klar erklären: drei Runden, eine Leitfrage, vier-Minuten-Slots, keine Kommentare beim Zuhören.
- Aufgaben verteilen: Partner übernehmen Location und Organisation, der Host konzentriert sich auf die Moderation.

Antje Hinz – Wissenschaftsjournalistin & Prozessbegleiterin im Norden

Seit 35 Jahren Wissenschaftsjournalistin und Medienproduzentin (u. a. 15 Jahre bei der ARD), seit rund acht Jahren Prozessbegleiterin. Als Mitglied von Mehr Demokratie e. V. moderiert sie S&Z ehrenamtlich in Norddeutschland.

Warum S&Z?

Als Prozessbegleiterin beobachte ich häufig, dass Missverständnisse zu Vorurteilen und Zerwürfnissen führen. Statt Mitmenschen direkt zu fragen und sich so Gewissheit über ihr Denken und ihre Motivation zu verschaffen, stehen dem Miteinander oft Vermutungen und Annahmen im Weg. S&Z ist ein geeignetes Format, um Menschen direkt ins Gespräch zu bringen. Ich erlebe dies immer wieder, wenn ich einen Dialog moderiere. So begleite ich zum Beispiel Klimaschützerinnen und Klimaschützer und Landwirtinnen und Landwirte mit der Leitfrage: „Wie geht es dir mit der Landwirtschaft hier in deiner Region in Niedersachsen?" In den neuen Bundesländern bringe ich Altbürgerinnen und Altbürger und Zugezogene zusammen – ebenso wie ehrenamtlich Tätige, etwa in Gedenkstätten. Demokratie entsteht im täglichen Miteinander.

Welche Erfahrung hat dich geprägt?

Berührt haben mich mehrere S&Z-Veranstaltungen mit Klimaschützerinnen und Klimaschützern sowie Landwirtinnen und Landwirten. Ich habe anfangs nicht für möglich gehalten, dass sich die beiden – sehr konträren – Lager im Ergebnis annähern würden. Ich erinnere mich an eine Wortmeldung: „So habe ich das bisher noch nie gesehen." Inzwischen planen die Beteiligten nachhaltige Aktionen, um abseits populistischer Slogans zu zeigen, wo es Schnittstellen zwischen Landwirtschaft und Klimaschutz gibt.

Was bewirkt das Format?

Mich berührt die Erfahrung, wie sich anfängliche Skepsis von Runde zu Runde in Empathie wandelt. Empathisch zu sein, ist eine Grundzutat für unser demokratisches Zusammenleben im Alltag. Mit S&Z rücken wir enger zusammen. Wir schenken einander Zeit, volle Aufmerksamkeit und bringen uns Wertschätzung entgegen – mit dem Ergebnis, eine andere Position oder Meinung auszuhalten, den Menschen dahinter zu sehen und zu akzeptieren. Diese Transformationskraft von S&Z überzeugt mich bei jeder Veranstaltung aufs Neue.

Tipps von Antje Hinz

- Klein anfangen: Schon vier Menschen genügen – Familie, Haus, Nachbarschaft, Verein.
- Leitfrage lebensnah formulieren – persönlich andockbar, ohne Hürden.
- Mut und Vorstellungskraft nutzen – ein Bild vom „Danach" teilen, um es mitzunehmen.

Sprechen & Zuhören ist einfach und wirksam. Der klare Rahmen schützt, die gleich verteilte Zeit schafft Fairness, Stille hat Wert. Nicht der Konsens zählt, sondern die Begegnung auf Augenhöhe. Die Erfahrungen aus Freiburg, Viersen und Norddeutschland belegen: Mitglieder von Mehr Demokratie e. V. tragen das Format ehrenamtlich in die Gesellschaft – niedrigschwellig, inklusiv, überall anschlussfähig.

Wer jetzt selbst starten möchte, findet Ablauf und Rahmen in der Infobox oben sowie Materialien, Termine und Unterstützung auf unseren Projektseiten. Ein Beispiel dafür, wie sich S&Z regional verankert, ist Dinslaken: Dort wächst eine lokale Praxis mit regelmäßigen Runden und neuen Partnern. Informationen und Kontakt unter ▶ **sundz-din.de /**

Alle Infos zu unserem Dialogformat Sprechen & Zuhören:
▶ **www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur/sprechen-zuhoeren**

Grit Bümann
ist Projektmitarbeiterin bei Demokratische Kultur im Team Sachsen-Anhalt.

Demokratie-Kater – und was man dagegen tun kann

Eigentlich müssten auf Bundesebene längst weitere Bürgerräte geplant sein – doch die neue Regierung scheint diese Demokratieinnovation nun wieder aus dem Programm zu streichen. Dabei ist Partizipation wichtig für die Demokratie.

Eine Kolumne von Anselm Renn

Langsam kommen wir in der neuen schwarz-roten Regierungsrealität an. Noch vor wenigen Monaten schrieb ich in einer anderen Kolumne, dass der neue Koalitionsvertrag nicht zwangsläufig eine demokratiepolitische Katastrophe sein muss. Vor allem der wachen Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass das Informationsfreiheitsgesetz nicht sofort durch Philipp Amthor (CDU) abgeschafft wurde. Bürgerräte wurden im Vorhabenpapier der Koalition immerhin noch erwähnt – allerdings nur als „dialogische Beteiligungsformate", also in ernüchternd unkonkreter Form. Kein festgelegtes Thema. Kein Budget. Keine dauerhafte Struktur. Was wie eine Einladung zur Weiterentwicklung klang, entpuppt sich als politische Floskel ohne Folgen.

Mehr noch: Jetzt in der Sommerpause entsteht der Eindruck, dass die Stabsstelle für Bürgerräte im Deutschen Bundestag still, leise und vor allem zügig abgewickelt wird. Damit nimmt sich das Parlament selbst die Fähigkeit, künftig überhaupt Bürgerräte einzusetzen. Die mühsam aufgebauten fachlichen Kompetenzen drohen verloren zu gehen. Es wirkt, als sei mit dem Regierungswechsel auch der politische Wille verschwunden, Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene ernsthaft einzubeziehen.

Aber was haben wir erwartet?

Bürgerräte und Partizipation als „Störfaktor"

Immerhin war es Dr. Günther Beckstein (CSU), ehemaliger Ministerpräsident Bayerns, der als Schirmherr des ersten, zivilgesellschaftlich organisierten Bürgerrats fungierte. Es war Dr. Wolfgang Schäuble (CDU), damaliger Präsident des Deutschen Bundestages, der die demokratische Krise erkannte – und verstand, dass Bürgerinnen und Bürger stärker eingebunden werden müssen, wenn die Demokratie eine Zukunft haben soll. Er unterstützte die Etablierung von Bürgerräten auf Bundesebene und brachte das Format als Schirmherr in den Bundestag.

Und es war schließlich Bärbel Bas (SPD), die heutige SPD-Chefin und damalige Bundestagspräsidentin, die in der vergangenen Wahlperiode den ersten vom Bundestag verantworteten Bürgerrat auf Bundesebene – zum Thema Ernährung – durchsetzte. Unsere Hoffnungen waren also nicht aus der Luft gegriffen.

Nun jedoch heißt die Bundestagspräsidentin nicht mehr Schäuble oder Bas, sondern Julia Klöckner (CDU) – die, so erkläre ich mir das zumindest, nicht erkennt, dass ohne eine Neuausrichtung hin zu bürgernaher Politik die Demokratie nicht zu retten ist. Ich glaube, sie sieht das Problem

nicht einmal. Ich glaube, sie ist tatsächlich überzeugt, dass die Bundestagswahl alle vier Jahre als Feedbackschleife völlig ausreicht. Mehr Bürgereinfluss betrachtet sie nicht als Ressource, sondern als Störfaktor für die Politik. Alles Weitere solle man den „Politik-Profis" überlassen. Ohne ihr etwas unterstellen zu wollen: Ihre Äußerungen in der Presse legen genau dieses Demokratieverständnis nahe. Und genau in dieser Klöckner-Demokratie wachen wir nun auf.

Was nun?

Natürlich können wir wütend sein. Petitionen starten. Schreiben. Reden. Das kann politisch Prozesse anstoßen, aber das Demokratieverständnis von Julia Klöckner und vielen in der CDU wird es nicht verändern. Die (spät) Geläuterten wie Schäuble waren nie die Mehrheit. Der Leitspruch „Politik – wir kümmern uns drum" bringt auf den Punkt, wie dort oft über Beteiligung gedacht wird.

Wir kennen das Gefühl, wenn die eigenen Vorstellungen an der Realität zerschellen. Da hilft oft nur: sich schütteln. Vielleicht auch Trauern um die so sicher geglaubte und schön ausgemalte Zukunft. Das kann am eigenen Selbstverständnis rütteln. Doch genau in solchen Momenten entscheidet sich, wie ernst es uns wirklich ist mit der Demokratie.

Wenn die Politik die Türen verschließt, bleibt uns, neue Räume zu öffnen. Wenn Parlamente Kompetenzen abbauen, bleibt uns, Wissen zu bewahren und weiterzugeben. Wenn sich politische Mehrheiten gegen Beteiligung stellen, braucht es gesellschaftliche Mehrheiten, die sich für sie einsetzen. Demokratie ist nie nur das, was im Regierungsviertel geschieht. Sie lebt dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen – im Alltag, in Initiativen, in Kommunen, in Netzwerken. Und genau hier liegt unsere Kraft.

Bürgerräte gehören dazu!

Wir von Mehr Demokratie verstehen uns als Kompetenzspeicher für partizipative, deliberative und direktdemokratische Prozesse. Wir beraten bundesweit (und darüber hinaus) Initiativen, Parlamente und Parteien zur Einbindung der Kompetenz von Bürgerinnen und Bürgern in politische Prozesse. Als wissenschaftlicher Fachverband und als Kampagnenorganisation setzen wir uns weiterhin für einen partizipativen Demokratieansatz ein. Und überall dort, wo Bürgerrechte gefährdet sind, erinnern wir Regierungen daran: Eine Demokratie lässt sich nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln.

Außerdem ist die Bundesebene nicht die einzige demokratische Realität in Deutschland. Auf Landes- und Kommunalebene sind Bürgerräte – ebenso wie die direkte Demokratie – längst nicht mehr wegzudenken. Sie gehören mittlerweile zum politischen Alltag. Erst im Sommer hat etwa das Land Brandenburg angekündigt, künftig stärker auf Bürgerräte zu setzen.

Die Zukunft der Demokratie ist partizipativ.

Werde Partizipationsgestalterin oder -gestalter!

Wir denken weiter: Mit unserem neuen Bildungswerk und der *School of Participation* geben wir unser Wissen weiter. Denn Beteiligung braucht es nicht nur in der Politik – auch Unternehmen, Verbände und Verwaltungen sind auf tragfähige Beteiligungsformate angewiesen. Die *School of Participation*, gegründet von Mehr Demokratie und finanziell gefördert von der Robert Bosch Stiftung, bildet Menschen aus, die Beteiligung planen, moderieren und langfristig verankern können.

Die einjährige Ausbildung zur Partizipationsgestalterin oder zum -gestalter vermittelt das nötige Know-how und die Haltung, um Beteiligung sinnvoll zu konzipieren, nachhaltig zu begleiten und in bestehende Strukturen einzubetten. Die Teilnehmenden lernen, wie sich die kollektive Intelligenz von Teams, Belegschaften oder Mitgliedern aktivieren lässt – für mehr Innovationskraft, bessere Entscheidungen und eine resiliente Organisationskultur. Wer teilnimmt, lernt nicht nur, wie demokratische Prozesse funktionieren – sondern wie man sie aktiv gestaltet.

Also: Ganz gleich, was kurzfristig aus den Bürgerräten auf Bundesebene wird – unser Atem reicht weiter als ein paar Wahlperioden! /

Diese Kolumne ist Teil einer Reihe, die regelmäßig auf dem Campact-Blog erscheint. Dort schreiben das Team von Campact sowie Gastautorinnen und -autoren über Hintergründe und Einsichten zu progressiver Politik. So auch unser Kollege Anselm Renn.
▶ blog.campact.de/2025/08/demokratie-buergerraete-partizipation/

Mehr über die *School of Participation*:
▶ school-of-participation.com/school-of-participation-deine-schule-fuer-partizipative-ausbildung/

Anselm Renn
ist Kommunikations- und Politikwissenschaftler und Teil unseres Bundesvorstands. Zudem ist er Geschäftsführer des Bildungswerks von Mehr Demokratie.

Gut vertreten in der Wahl-Demokratie?
Podiumsdiskussion
Wir für Demokratie
MEHR DEMOKRATIE

Gut vertreten?
Forum für Zivilgesellschaft und Politik in Ostdeutschland

Der Beginn einer guten Tradition

Carolin Bachmann und Christian König berichten von „Gut vertreten?“, dem Forum für Zivilgesellschaft und Politik in Ostdeutschland

„Vielen Dank, es war wieder sehr schön. Bis nächstes Jahr!“, sagte ein Paar, das frühzeitig unser Forum „Gut vertreten?“ verlassen musste. Dabei gab es noch gar keine Ankündigung für 2026. In Ordnung, dann bis nächstes Jahr – wieder in Leipzig. Wo Demokratie leidenschaftlich verhandelt wird, entsteht Gemeinsames.

Gut vertreten?

Am 13. September 2025 fand in der Universität Leipzig das zweite Mehr Demokratie-Forum zur Demokratie in Ostdeutschland statt. Unter dem Titel „Gut vertreten?“ luden wir Politik und Zivilgesellschaft zu einer Bestandsaufnahme ein: Wie hat sich die Lage der Demokratie in den ostdeutschen Bundesländern entwickelt? Wie gehen wir mit Repräsentationsproblemen um? Was kann die Zivilgesellschaft bewegen?

Ein Jahr nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen – und ein Jahr vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – war dafür der geeignete Zeitpunkt. Die repräsentative und liberale Demokratie steht auch und gerade im Osten vor Herausforderungen. Zunehmend komplizierte Koalitionsbildungen, Sperrminoritäten der AfD und eine wachsende Distanz zwischen Bevölkerung und Politik erschweren die parlamentarische Arbeit. Gleichzeitig stehen zivilgesellschaftliche Organisationen, die Impulse setzen könnten, verstärkt unter Druck.

Demokratie verteidigt sich nicht von selbst. Und um Lösungen für strukturelle Probleme zu finden, brachten wir gut 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Landtagsabgeordnete, Aktive aus der Kommunalpolitik und Engagierte aus der Zivilgesellschaft zusammen.

Was tun?

„Friss oder stirb!“ oder die Frage: Wie kann ich mich als Bürgerin oder Bürger zwischen Wahlen effektiv einmischen, wenn ich die Politik, die geliefert wird, nicht bestellt habe? Ralf-Uwe Beck eröffnete das Forum mit einem Plädoyer für direkte Demokratie als Chance, sich wirksam einzubringen.

Die von ihm zitierten Worte des ehemaligen Verfassungsrichters Peter M. Huber setzten den Rahmen für den Tag: „Wenn der Staat seine Aufgaben überzeugend erfüllt und der Bürger sich nicht als unmündiges Objekt politischer Zwangsbeglückung empfinden muss, sondern eine effektive Chance hat, auf Art und Weise der Aufgabenerfüllung Einfluss zu nehmen, bleibt für Demagogen kein Raum“. ▸

Fotos: Nora Börding

Dr. Julia Reichenbach (FU Berlin) weitete mit ihrer anschließenden Keynote den Blick. Ausgehend von der atemlosen Zeit der „Polykrise“ und ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft rief sie dazu auf, auch unbequeme Fragen zu stellen: Wo haben zivilgesellschaftliche Strategien nicht funktioniert? Wo hat Kommunikation irritiert oder verprellt? Ihr Rat: Wer Demokratie stärken will, müsse sich auf mühsame, manchmal auch unbequeme Allianzen einlassen.

53 % der Menschen in Ostdeutschland sind laut Deutschland-Monitor unzufrieden mit dem Funktionieren unserer Demokratie.

In den fünf folgenden Workshops wurde es konkreter: Wie lassen sich Klima- und Umweltschutz heute voranbringen? Wie lässt sich die Geschlechterlücke in der Politik schließen? Welche Innovationen gibt es durch direkte Demokratie und Wahlrecht? Und wie kann Zivilgesellschaft Abgeordnete stärken – statt selbst marginalisiert zu werden? Zu Gast waren unter anderem Wolfam Günther, früherer Sächsischer Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Sabine Albrecht von Frauen aufs Podium e. V. und ein Team von Brand New Bundestag.

Gestärkt durch eine Kaffeepause diskutierten die Teilnehmenden zum Abschluss des Forums die Frage: „AfD-Verbot – ja oder nein?“. Im Fishbowl-Format stellte Harald Baumann-Hasske (SPD) die in öffentlichen, rechtlichen und politischen Debatten vorkommenden Argumente gegen ein Verbotsverfahren vor. Er unterstrich jedoch, dass er und die SPD sich für ein Verbotsverfahren aussprechen. Kolja Quensel von der Initiative „AfD-Verbot jetzt“ brachte Argumente für ein Verbotsverfahren ein. Die lebhafte Beteiligung des Publikums machte deutlich: Über Wege kann man streiten, aber die liberale Demokratie darf nicht einer autoritären, in Teilen rechtsextremen Partei überlassen werden.

Herausforderungen in der Wahl-Demokratie

Als Fortsetzung des Fachforums fand am Abend eine weitere Veranstaltung statt. Wir für Demokratie e. V. und Mehr Demokratie luden gemeinsam zur Podiumsdiskussion „Gut vertreten in der Wahl-Demokratie?“ in die Alte Börse im Leipziger Zentrum ein. Dort debattierten Prof. Benjamin Höhne (TU Chemnitz), Tina Trompter (CDU), Özcan Karadeniz (DeZIM) und Donata Vogtschmidt (Die Linke) über Repräsentationslücken in der parlamentarischen Demokratie – und was man dagegen tun kann. Braucht es eine Reform des Wahlrechts? Oder mehr direkte Demokratie? Oder Bürgerräte? Oder einfach bessere Rahmenbedingungen für Menschen, die sich engagieren wollen, aber denen Steine in den Weg gelegt werden? Unterschiedliche Positionen und Hintergründe führten zu einem spannenden Austausch, der den Tag würdig abrundete.

Wie weiter?

„Gut vertreten?“ hat gezeigt, dass Ostdeutschland nicht nur vor politischen Herausforderungen steht, sondern auch über eine engagierte und kreative Zivilgesellschaft verfügt. Ihre Stimmen, aber auch die der nicht organisierten Menschen, stärker in politische Prozesse einzubinden, bleibt eine Aufgabe für die kommenden Jahre – auch für Mehr Demokratie. Ein aktiver Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie kann aber nur im Schulterschluss gelingen – und der Ausbau der direkten Demokratie, des Wahlrechts und der Beteiligung können passende Werkzeuge sein.

43 % der Ostdeutschen denken, dass Ost- und Westdeutsche mehr trennt als eint. Das ist das Ergebnis einer aktuellen YouGov-Befragung. Bundesweit sind 30 Prozent der Befragten dieser Meinung.

Eröffnete Ralf-Uwe Beck am Morgen noch mit der Andeutung, dass sich eine Tradition entwickeln könnte, endete das Forum mit einem einhelligen „Ja!“ der Teilnehmenden.

Ja, auch 2026 soll es wieder ein Treffen in Leipzig geben. Wir freuen uns darauf. /

„Gut vertreten?“ ist die Fortsetzung der Reihe „Mach doch“. Eine Zusammenfassung der Veranstaltungen und weitere Informationen gibt es deshalb auf ▶ www.mach-doch.de.

Carolin Bachmann
ist Praktikantin in unserem Berliner Büro.

Christian König
koordiniert und vernetzt bei Mehr Demokratie die Landesverbände in Ostdeutschland.

Ein Herz für die direkte Demokratie – Nachruf auf Dr. Klaus Hahnzog

Am 21. Juli 2025 ist Dr. Klaus Hahnzog im Alter von 88 Jahren verstorben. Mit ihm verlieren Bayern und Mehr Demokratie einen Menschen, der mit Leidenschaft, Überzeugung und Beharrlichkeit für die Ziele von Mehr Demokratie gekämpft und über Jahrzehnte das politische Leben in München und Bayern mitgestaltet hat.

Klaus Hahnzog wurde am 7. August 1936 in Stuttgart geboren. Er studierte Jura in Frankfurt, Berlin und München und schloss 1964 sein Zweites Juristisches Staatsexamen ab. Er war Münchner Bürgermeister, Leiter des Kreisverwaltungsreferats, Mitglied des Bayerischen Landtags und Bayerischer Verfassungsrichter.

Doch was ihm wirklich am Herzen lag, war die direkte Demokratie. Schon 1992 war er bei der Gründung von „Mehr Demokratie in Bayern" dabei. Vor 30 Jahren stand er beim Volksbegehren zur Einführung kommunaler Bürgerentscheiden in Bayern ganz vorne. Als rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion setzte er sich unermüdlich für die Verbesserung von Volksbegehren und Volksentscheide ein, engagierte sich viele Jahre im Kuratorium von Mehr Demokratie und unterstützte mit seinem Rat und seiner Erfahrung. Klaus Hahnzog war ein Mensch, mit dem man leidenschaftlich diskutieren und auch streiten konnte – stets respektvoll und mit dem gemeinsamen Ziel vor Augen.

Als Verfassungsrichter machte er sich dafür stark, dass auch finanzwirksame Abstimmungen möglich sein sollten, und warb für Volksentscheide auf Bundesebene. Mit seinem juristischen Sachverstand war er ein gefragter Experte. Nicht zuletzt zeigte er sein Können aber auch in der Fußballmannschaft von Mehr Demokratie bei einem legendären Spiel gegen den FC Bundestag in Berlin. Die Demokratie lebendig zu halten – das war sein größtes Anliegen.

Ein Mann mit klaren Prinzipien ist von uns gegangen. Sein Einsatz für die direkte Demokratie war beispielhaft und inspirierend. Er hat gezeigt, was es bedeutet, für seine Überzeugungen einzustehen und dabei nie den Respekt vor anderen Meinungen zu verlieren. Wir werden sein Vermächtnis in Ehren halten.

Ein treuer Weggefährte, aufrechter Demokrat und inspirierender Mitstreiter ist von uns gegangen. Seine Leidenschaft und sein unerschütterlicher Einsatz werden uns fehlen. Wir danken für die Jahre des gemeinsamen politischen Wirkens. Unser herzliches Beileid gilt seiner Familie und allen Angehörigen.

In tiefer Verbundenheit.

Für Mehr Demokratie
Susanne Socher & Roman Huber

Unabhängige Medien – das Rückgrat unserer Demokratie

Wem gehört der öffentlich-rechtliche Rundfunk – den Parteien oder den Bürgerinnen und Bürgern? Wir sagen: Er gehört uns allen. Deshalb schlagen wir Reformen vor und möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen.

von Karl-Juergen Hanßmann

Warum freie Medien unverzichtbar sind

Eine Demokratie lebt davon, dass Menschen sich frei informieren und austauschen können. Die meisten für sie wichtigen Ereignisse erleben Bürgerinnen und Bürger nicht direkt, sondern erfahren davon über die Medien. Umso wichtiger sind glaubwürdige Nachrichtenquellen und ein Rundfunk, der unabhängig von parteipolitischen und kommerziellen Interessen arbeitet. Genau deshalb setzt sich Mehr Demokratie mit diesem Thema auseinander.

Grenzen privatwirtschaftlicher Medien

Privat organisierte Medien genießen ein hohes Maß an Freiheit. Jede Zeitung und jeder Privatsender darf eine eigene politische Ausrichtung haben. Der Markt soll sicherstellen, dass es in diesem Bereich unterschiedliche Stimmen gibt. Doch das allein reicht nicht aus – fast alle privaten Anbieter sind in erster Linie von kommerziellen Interessen geleitet.

Die besondere Rolle des Öffentlich-Rechtlichen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine besondere Rolle. Finanziert durch Gebühren, soll er die Vielfalt an Meinungen abbilden – aber nicht selbst Meinung machen. Sein Auftrag ist es, Informationen bereitzustellen und Debatten zu ermöglichen – so neutral wie möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu klargestellt: Meinungsvielfalt bedeutet, dass auch Minderheiten eine faire Chance haben müssen, gehört zu werden.

Kritik und aktuelle Debatten

Dennoch steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland erneut in der Kritik. Immer wieder wird ihm politische Schlagseite vorgeworfen. Jüngst sorgte die Trennung des Norddeutschen Rundfunks von seiner Moderatorin Julia Ruhs für hitzige öffentliche Debatten.

Reformbedarf und Chancen

Dabei ist klar: Ein unabhängiger Rundfunk gehört zu den Grundpfeilern einer modernen Demokratie. Wir brauchen ein Medienangebot, das sich nicht von Regierungen, Parteien oder Lobbygruppen vereinnahmen lässt. Unsere Hoffnung ist, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach durchgreifenden Reformen als staatsfernes, konzernunabhängiges und professionelles Angebot einen wichtigen, tatsächlich neutralen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs leisten kann.

Ein Diskussionspapier als Impuls

Auf der Bundesmitgliederversammlung 2025 in Köln wurde dazu ein Diskussionspapier beschlossen. Es entstand in der Arbeitsgruppe zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die dafür Elemente aus dem bei Mehr Demokratie entwickelten „Direkte-Demokratie-Werkzeugkasten“ nutzte. Der Bundesvorstand hat dieses Papier anschließend redaktionell und an einzelnen Stellen auch inhaltlich weiterentwickelt. Mit diesem Text möchten wir – unseres Wissens zum ersten Mal – eine breite Diskussion darüber anstoßen, welche Chancen eine direktdemokratische Verfasstheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eröffnen könnte.

Einladung zur Diskussion

Dazu laden wir ein: Bringen Sie sich ein, teilen Sie Ihre Gedanken, üben Sie Kritik. Nur gemeinsam können wir einen Rundfunk gestalten, der seiner demokratischen Aufgabe gerecht wird. /

Auf den Punkt gebracht

Warum Reformen nötig sind

- Medien sind entscheidend für Meinungsbildung und Demokratie.
- Private Anbieter sind stark von kommerziellen Interessen geprägt.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht unter Druck und in der Kritik.

Was wir erreichen wollen

- Einen Rundfunk, der staatsfern, unabhängig und professionell arbeitet.
- Mehr Transparenz und Vielfalt – auch für Minderheitenmeinungen.
- Eine breite Diskussion über direktdemokratische Strukturen im Rundfunk.

Unser Impuls

- Diskussionspapier auf der Bundesmitgliederversammlung 2025 beschlossen.
- Vom Bundesvorstand redaktionell und inhaltlich weiterentwickelt.
- Einladung an die Zivilgesellschaft: Bringen Sie sich ein!

Foto: Christoph Hardt/Imago

Zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – ein Diskussionspapier

Beschlossen vom Bundesvorstand am 6. September 2025, erarbeitet von der AG „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk“

Einleitung von Karl-Jürgen Hanßmann

Motivation

Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Nachrichtenmedien und ein von parteipolitischen und kommerziellen Interessen unabhängiger Rundfunk sind entscheidend für die Demokratie. Während die privaten Nachrichtenmedien Tendenzautonomie bzw. Tendenzschutz haben, ist es Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), Meinungspluralität zu gewährleisten. Die Programme des ÖRR sollen der Information, Bildung und Unterhaltung dienen. Ob und wie die Anforderungen eingelöst werden, in welchem Verhältnis Aufwand und Nutzen stehen und wie der ÖRR organisiert ist und geleitet wird, ist immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten. Der Reformbedarf ist offenkundig.

Leitgedanke

Mehr Demokratie hat hierzu Vorschläge ausgearbeitet. Leitgedanke ist, dass die Nutzenden und Gebührenzahlenden den ÖRR als ihren eigenen Rundfunk betrachten können. Insbesondere muss dafür die Zusammensetzung und Funktion der Aufsichtsgremien konsequent demokratisiert werden. Da die Medien die Politik kritisch begleiten sollen, können lediglich Vertreterinnen und Vertreter, nicht aber Mandatsträgerinnen und -träger sowie Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber Mitglied der Aufsichtsgremien sein. Journalistische Unabhängigkeit und hohe Programmqualität müssen gewahrt bleiben.

Gemäß des Medienstaatsvertrags sind die Darstellung einer breiten Themen- und Meinungsvielfalt und die Freiheit von Diskriminierung Grundsätze des ÖRR. Unsere Reformvorschläge sind in allen Details darauf angelegt, die Einhaltung dieser Grundsätze zu fördern.

Wir haben die Hoffnung, dass nach grundlegenden Reformen der ÖRR als staatsfernes, konzernunabhängiges und professionelles Medienangebot einen wichtigen, allgemein akzeptierten und ausgewogenen Beitrag zum gesellschaftlichen Diskurs leisten kann. Eine Mitgestaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch ihre Nutzenden ist notwendig. Eingriffe durch Regierungen lehnen wir ab.

Reformvorschläge

Funktion und Zusammensetzung der Rundfunkräte

Die Bedeutung der Rundfunkräte sollte erheblich aufgewertet werden. Der Rundfunkrat sollte im Rahmen von offenen und transparenten Bewerbungsverfahren nicht nur den Verwaltungsrat und die Intendantin/den Intendanten wählen, sondern die gesamte Geschäftsführung sowie alle programmbezogenen Leitungsfunktionen der Anstalt. Er sollte diese mit 1/3 der Stimmen rügen und mit qualifizierter Mehrheit abberufen können. Überlegenswert wäre, die Intendantin/den Intendanten von der Bevölkerung im jeweiligen Sendegebiet wählen zu lassen. In jedem Fall sollte die Wahl der Intendantin/des Intendanten mit einer öffentlichen und für die Bürgerinnen und Bürger zugänglichen (per Unterschriftenquorum für die Einreichung von Fragen) Konsultation der Kandidatinnen und Kandidaten vorbereitet werden.

Es sprechen gute Argumente für

- das Auslosen,
- das Wählen oder
- die (zum Beispiel) je hälftig geloste und gewählte Besetzung eines Rundfunkrates.

Wichtig ist, dass zukünftig nicht nur die organisierte Zivilgesellschaft in einem Rundfunkrat vertreten ist, sondern auch die (zahlenmäßig weit größere) unorganisierte Zivilgesellschaft. Die Vorschläge für die Kandidaturen aus der unorganisierten Zivilgesellschaft könnten bspw. gelost werden.

Beteiligungsberechtigt sollte die Bevölkerung im jeweiligen Sendegebiet bzw. Bundesland sein; das Mindestalter sollte dem für die jeweilige Landtagswahl entsprechen.

Ein unabhängiger Rundfunk gehört zu den Grundpfeilern einer modernen Demokratie. Wenn Bürgerinnen und Bürger sich auf glaubwürdige Informationen verlassen können, stärkt das das Vertrauen in unsere Institutionen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf daher weder von Regierungen noch von Konzernen vereinnahmt werden – er muss allen gehören.

Funktion der Verwaltungsräte

Die Verwaltungsräte sollten dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft entsprechen. Seine Mitglieder werden vom Rundfunkrat für sechs Jahre gewählt, einmalige Wiederwahl ist möglich. Der Verwaltungsrat sollte den von der Geschäftsführung geleiteten, operativen Betrieb der Rundfunkanstalt überwachen (Genehmigung wesentlicher wirtschaftlicher Entscheidungen, des Haushaltsplans und wesentlicher organisatorisch-struktureller Änderungen). Darüber hinaus sollte er die Wirtschaftsprüfung und die interne Revision gestalten. Die Tätigkeit ist angemessen zu honorieren. ▸

Unabhängige Nachrichten für alle

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland entstand nach 1945 auf Initiative der westlichen Alliierten nach dem Vorbild der BBC: staatsfern, föderal und gebührenfinanziert. 1950 wurde die ARD gegründet, 1963 kam das ZDF hinzu.

Seit den 1980er-Jahren existiert der ÖRR im „dualen System" neben privaten Anbietern. Heute gehören dazu neben ARD und ZDF auch das Deutschlandradio sowie zahlreiche Landesrundfunkanstalten und digitale Angebote.

Finanziert wird er überwiegend durch den Rundfunkbeitrag, ergänzt durch begrenzte Werbe- und sonstige Einnahmen wie Programmverwertung, Fanartikel und Lizenzvergaben. Damit gewährleistet der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine unabhängige Berichterstattung.

Immer wieder wird der ÖRR reformiert, etwa durch Medienstaatsverträge der Länder. Die jüngste Reform soll Ende 2025 in Kraft treten: Sie sieht unter anderem eine stärkere Kooperation der Sender, die Anpassung von Programmstrukturen und neue Regeln für digitale Angebote vor – mit dem Ziel, den ÖRR schlanker, zeitgemäßer und effizienter zu machen.

Der Verwaltungsrat sorgt für eine möglichst umfassende Transparenz der Ausgaben. Für Mitglieder eines Verwaltungsrats gilt – ähnlich wie für Beamte – ein Mäßigungsgebot.

Erweiterte Programmbeschwerde und Programminitiative

Diese Instrumente sind sinnvoll, um einer Verengung des abgebildeten Meinungsspektrums entgegenzuwirken. Damit wird sichergestellt, dass auch Minderheiten und Minderheitsmeinungen angemessen berücksichtigt werden.

Programminitiativen, Programmbeschwerden und ihre Behandlung durch die Anstalt bzw. den Rundfunkrat sind von den Anstalten in einem jährlichen und zu veröffentlichenden Bericht zu dokumentieren.

Erweiterte Programmbeschwerde

Eine erweiterte Programmbeschwerde wird unter Vorlage von x.000 Unterschriften bei der Intendantin/dem Intendanten eingereicht. Daraufhin müssen die Beschwerdeführenden und die Programmverantwortlichen ins Gespräch gebracht werden. Wurde der Beschwerde aus Sicht der Beschwerdeführenden nicht genüge getan, wird die Programmbeschwerde dem Rundfunkrat vorgelegt. Die Behandlung im Rundfunkrat wird gestreamt. Die Beschwerdeführenden haben ein Rede- und Anhörungsrecht.

Foto: Thomas Trutschel/Imago

Programminitiative

Mittels der Programminitiative können die Personen im Sendegebiet eine Rundfunkanstalt auffordern, ein Thema aufzugreifen. Die Programminitiative löst das Problem des „Agenda-Settings" auf direktdemokratische Weise. Das Instrument kann Input für die Redaktionen liefern, welche Themen stärker im Programm vorkommen sollten. Im Ergebnis kann dies für eine breitere Akzeptanz des ÖRR sorgen.

Die Programminitiative kann mit mindestens x.000 Unterschriften bei der betreffenden Rundfunkanstalt eingereicht werden. Unterschriftsberechtigt sind alle Personen im Sendegebiet ohne Altersbegrenzung. Die Rundfunkanstalt stellt den Vertrauenspersonen vor, wie das Thema in den Programmen berücksichtigt werden soll. Einigen sich Programminitiative und Rundfunkanstalt nicht, kann der Rundfunkrat in einer Programmbeschwerde angerufen werden.

Nach Möglichkeit sollten Initiatorinnen und Initiatoren sowie die Redaktion Einvernehmen erzielen. Einen Anspruch auf eine konkrete Ausgestaltung kann es jedoch nicht geben.

Diversität

Die Anstalten haben dafür Sorge zu tragen, dass in Redaktionen der Querschnitt der Bevölkerung besser abgebildet wird. Die Voraussetzungen zur Aufnahme in das Volontariat sollten abgesenkt werden.

Zur Strukturreform

Die föderale Struktur des Rundfunks und die ARD als Kooperation der Landesrundfunkanstalten sind weiterhin sinnvoll und entsprechen dem Auftrag des Grundgesetzes.

Gestaltung der Rundfunkgebühren

Mehr Demokratie befürwortet eine nutzungsunabhängige Rundfunkgebühr zur Finanzierung des ÖRR. Eine einkommensabhängige Rundfunkgebühr ist anzustreben. Die einzelnen Rundfunkanstalten sollten eigenverantwortlich wirtschaften müssen. Kooperationen zwischen Anstalten sind zwingend. /

Karl-Jürgen Hanßmann
ist Diplom-Informatiker und hat fast 30 Jahre als Referent in der Verwaltungs- und Produktionsdirektion des Norddeutschen Rundfunks gearbeitet. Bei Mehr Demokratie ist er Teil des Hamburger Landesvorstands.

Demokratie kompakt

Stand: Oktober 2025
von Marcus Meier

Happy Birthday, Bürgerentscheid!

Am 1. Oktober 2025 feierte Bayern das 30-jährige Jubiläum des kommunalen Bürgerentscheids. Am 1. Oktober 1995 stimmte die Bevölkerung im Volksentscheid für die Einführung dieses Instruments der direkten Demokratie in Städten und Gemeinden. Fast 60 Prozent sagten damals „Ja" – und setzten sich damit gegen den CSU-dominierten Landtag durch, der mit einem eigenen Gegenvorschlag und einer Angstkampagne Stimmung gemacht hatte. Heute gilt Bayern als deutscher Spitzenreiter in Sachen kommunaler Direktdemokratie.

Bürgerrat für Rheinisches Revier

Ende September 2025 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung angekündigt, einen losbasierten Bürgerrat zur Zukunft des Rheinischen Reviers einzusetzen. Rund 100 zufällig und repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus der Region sollen 2026 an drei Wochenenden Empfehlungen für den weiteren Strukturwandel erarbeiten.

Das Rheinische Revier bei Köln ist eine der größten Braunkohleregionen Deutschlands. Die hier betriebenen Kraftwerke gehören zu den klimaschädlichsten Industrieanlagen Europas – zugleich ist die Braunkohle für die Wirtschaft der Region mit ihren 2,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern von enormer Bedeutung. Der gesetzlich beschlossene Ausstieg aus der Braunkohle soll bis 2038 vollzogen werden.

Weiterbildungen für Sprechen & Zuhören

Ein anderes gesellschaftliches Miteinander ist möglich – und das Dialogformat Sprechen & Zuhören macht es erlebbar. Mehr Demokratie bietet dafür regelmäßig Fortbildungen für Moderatorinnen und Moderatoren an. Die Schulungen vermitteln die Grundlagen, um eigenständig Dialogveranstaltungen zu planen und durchzuführen.

In den kommenden Monaten finden Fortbildungen unter anderem in Freiburg im Breisgau, Magdeburg, Witzenhausen, Bitterfeld-Wolfen, Jena und Wiesbaden statt. Gerade in einer Zeit wachsender gesellschaftlicher Spannungen braucht es Räume, in denen Menschen unterschiedlicher Hintergründe – auch mit gegensätzlichen Ansichten – respektvoll ins Gespräch kommen können. Vorkenntnisse sind keine Voraussetzung. Auch wer bereits teilgenommen hat, ist herzlich eingeladen, sein Wissen aufzufrischen und zu vertiefen.

▶ **www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur/sprechen-zuhoeren/fortbildung-sprechen-zuhoeren**

Mehr Demokratie mit neuer Pressestrategie

Die Bundespressestelle von Mehr Demokratie erweitert ihr Instrumentarium um die *Reactive Rapid Response* Presseerklärung (R3P). Damit wollen wir künftig schneller auf aktuelle Ereignisse reagieren. Ziel ist es, zu relevanten Entwicklungen in den Themenfeldern von Mehr Demokratie mit kurzen, pointierten Zitaten kurzfristig Stellung beziehen zu können. Parallel dazu hat die Bundespressestelle ihre Presseverteiler auf Landes- und Bundesebene systematisch ausgebaut.

Der Erfolg zeigt sich bereits deutlich: Im laufenden Jahr wird die Pressestelle einen neuen Rekord aufstellen. Schon zur Jahresmitte konnte sie ebenso viele Medienresonanzen verzeichnen wie im gesamten Vorjahr. Dazu zählen Berichte in Print, Radio, Fernsehen und Online-Medien ebenso wie Anfragen von Journalistinnen und Journalisten.

Wahlrecht erneut unter Druck

Wieder einmal will eine neue Bundesregierung das Bundestagswahlrecht reformieren. Und wieder einmal im Alleingang. Wie die Ampel, so Schwarz-Rot. Ende September wurde bekannt, dass es eine Wahlrechtskommission geben wird. Die beiden Regierungsfraktionen Union und SPD haben ihre Vertreterinnen und Vertreter bereits benannt. Die parlamentarische Opposition bleibt außen vor.

Wir plädieren für einen losbasierten Bürgerrat, der, beraten durch Fachleute, Vorschläge für ein faires und innovatives Wahlrecht ausarbeitet, das dann auch für einige Zeit Bestand hat. 2023 hatte die damalige Ampelregierung ein neues Bundestagswahlrecht beschlossen, gegen das neben CDU und CSU sowie Linkspartei auch Mehr Demokratie zusammen mit über 4.000 Klägerinnen und Klägern vorging. Das Bundesverfassungsgericht gab unserer Bürgerklage in wesentlichen Punkten recht.

Weckruf für Sachsen-Anhalt:
Runter mit der Sperrklausel!

Eil-Appell zur Drei-Prozent-Hürde für Sachsen-Anhalt übergeben

Am 6. September 2026 wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Nach aktuellen Prognosen kann die hier gesichert rechtsextreme AfD ein Drittel der Sitze und damit eine Sperrminorität erhalten. Sie könnte dann wichtige Entscheidungen blockieren und Chaos stiften. Zudem sieht es momentan so aus, als wäre eine Regierungsbildung kaum möglich.

Ein Grund dafür liegt in der aktuellen Sperrklausel („Fünf-Prozent-Hürde"). Sie sorgt dafür, dass Stimmen kleinerer Parteien unter den Tisch fallen und damit die stärkeren Parteien überproportional profitieren. In Brandenburg führte das 2024 dazu, dass es nur eine Regierungsoption gab und die AfD eine Sperrminorität erhielt. Mit einer Drei-Prozent-Hürde wäre das nicht passiert.

Mehr Demokratie startete ein Jahr vor der Wahl in Sachsen-Anhalt, am 6. September 2025, einen Eil-Appell. Die Forderung an die Landtagsfraktionen: Senkt die Sperrklausel auf drei Prozent. In Sachsen-Anhalt genügt dafür ein einfaches Gesetz. Es ist keine Verfassungsänderung nötig.

Am 9. Oktober übergaben wir vor dem Landtag 6.926 Unterschriften. Am Ende waren es sogar noch mehr. Fast 9.000 Menschen unterzeichneten unseren Aufruf. Die Fraktionen reagierten leider verhalten. Eine Änderung noch vor der Wahl werde es nicht geben. Aber: Das öffnet uns die Tür für Gespräche nach der Landtagswahl. Wir werden uns weiter für die Drei-Prozent-Hürde einsetzen.

Leseempfehlung

„Wir brauchen eine bessere Demokratie" von Peter H. Grassmann ist ein engagiertes Plädoyer für eine Politik jenseits von Parteibuch und Koalitionsritualen. Der Autor überträgt seine Erfahrungen aus der Wirtschaft auf den politischen Alltag und fordert mehr Kompetenz, Bürgernähe und parteiübergreifende Zusammenarbeit – mutig, kritisch und konstruktiv zugleich.
Ein Buch für alle, die nicht nur klagen, sondern mitgestalten wollen.

Wir brauchen eine bessere Demokratie
von Peter H. Grassmann
Tolino Media, 2025
ISBN 978-3-8194-0684-3a
8,99 Euro

Stell dir vor …

Eine Rezension von Anja Schuller des Buchs von Rob Hopkins

Wann erlauben wir uns eigentlich noch, zu träumen, unsere Fantasie auf Reisen zu schicken? Einfach nur daliegen – auf der Couch oder einer Wiese – und die Gedanken ziehen lassen, wohin es sie auch treibt. Einzige Bedingung: Es gibt keine. Was ist möglich? Was können wir uns ausmalen? Für den Klimaschutz. Für unsere Gesellschaft. Für die Demokratie.

Doch können wir überhaupt alle uns bekannten Denkmuster und Strukturen hinter uns lassen und mit unserem Geist auf Erkundungstour gehen? Ja, sagt der Aktivist und Mitbegründer der Transition-Towns-Bewegung Rob Hopkins. Zwischen Nachrichtenflut, Krisenmanagement und Termindruck ist unsere Vorstellungskraft nur in den Hintergrund gerückt. Zukunft wird verwaltet, nicht erdacht. Und doch beginnt jede Veränderung, jeder Fortschritt, jede politische Bewegung mit einer Idee, mit einem Bild davon, wie es anders sein könnte.

„Vielleicht ist es an der Zeit zu erkennen, dass im Zentrum unserer Arbeit das Bedürfnis unserer Mitmenschen steht, sich eine bessere Welt vorzustellen. Geschichten darüber zu erzählen und ihre Verwirklichung herbeisehnen zu können." – Rob Hopkins

In seinem Buch „Stell dir vor: Mit Mut und Fantasie die Welt verändern", mittlerweile ein Klassiker der Transformationsbewegung, zeigt uns Rob Hopkins eine Welt voller Möglichkeiten, Visionen und leiser Rebellionen. Und sie alle beginnen mit der Frage: Was wäre, wenn? Und mit der Aufforderung: Stell dir vor …

Stell dir vor … –
mit Mut und Fantasie die Welt verändern
von Robert „Rob" Hopkins
Löwenzahn Verlag, 2021
ISBN: 978-3-7066-2698-9
29,90 Euro

Seine Ausführungen bleiben dabei keineswegs träumerisch und theoretisch. Hopkins erzählt Geschichten aus der Praxis, berichtet aus seinem großen Erfahrungsschatz von Menschen, die sich gemeinsam eine bessere Zukunft ausmalen. Er schildert Städte, Nachbarschaften, Gemeinschaften, in denen Bürgerinnen und Bürger – ohne große Macht, ohne große Ressourcen – anfangen zu träumen, zu konkretisieren, auszuprobieren. Sie alle folgen einer Prämisse: Alles ist möglich.

Zudem plädiert Hopkins dafür, die Fantasie ernst zu nehmen und zu institutionalisieren. Die Empfehlung: Wir sollten alle mehr spielen (ja, auch Erwachsene), Imagination als Teil unserer Gesundheit betrachten, unsere Aufmerksamkeit zurückgewinnen, die zur Währung geworden ist, Schule neu denken, bessere Fragen stellen, statt immer zu glauben, wir hätten schon alle Antworten, und nicht zuletzt: unsere Politikerinnen und Politiker dazu bringen, einer Kultur der Imagination zuzulassen. Durch ein Fantasieministerium? Warum nicht. Die Zeit wäre reif dafür.

Für die Demokratie sind Hopkins' Ideen nicht nur ein kreatives Gedankenspiel, sondern eine Notwendigkeit: Demokratie lebt vom Mitdenken, Mitgestalten und Mitmachen. Wenn Menschen resignieren, weil sie keine Visionen mehr haben, keine Vorstellung davon, wofür sich ihr Engagement lohnt, sinkt auch ihr Wille zur Teilhabe. Wenn wir aber lernen, unsere Vorstellungskraft zu kultivieren, und den Mut haben, die nötigen Schritte für eine bessere Zukunft zu gehen, dann wird Beteiligung wieder notwendig und erlebbar.

Dieses Buch lädt nicht nur zum Lesen ein, sondern auch zum Handeln. Und es flüstert uns zu: Wir dürfen uns eine andere Welt vorstellen – und können sie selbst bauen. Am Ende bleibt ein Echo: Was wäre, wenn wir einfach anfangen? Lasst uns daher alle damit anfangen, dieses Buch zu lesen. /

Anja Schuller
leitet gemeinsam mit einer Kollegin den Bereich Öffentlichkeitsarbeit von Mehr Demokratie. Träumen ist eines ihrer liebsten Hobbys.

Neues aus den Landesverbänden

Mit Terminen vor Ort.

Baden-Württemberg

Mit Yasmina Steck, Vera Köhler und Jan-Philipp van Olfen haben wir drei neue Mitarbeitende im Team Süd. Politisch führten wir Gespräche mit allen demokratischen Landtagsfraktionen und stellten unsere Ideen vor. Sprechen & Zuhören nimmt Fahrt auf: Es gibt erste Fortbildungen sowie ein erstes Mitgliedertreffen in Freiburg. In 74 Prozent aller Bürgerbegehren sind wir beratend dabei. Durch eine gute Zusammenarbeit mit dem Städtetag beraten wir nun neben Initiativen auch vermehrt Kommunen.

Ein Höhepunkt war die Verleihung der Demokratierose für Bad Urach zum 700. Bürgerentscheid. Beim Mitgliedertag in Stuttgart tauschten sich über 30 Teilnehmende lebendig aus. Der Landesverband führte in einer Schule und beim freiwilligen ökologischen Jahr Demokratieworkshops durch.

Bayern

Beim Thema Transparenz steht der Entwurf zum Vierten Modernisierungsgesetz im Fokus: Die Staatsregierung will zahlreiche Berichtspflichten wie den Lobbyregisterbericht streichen. Wir kritisieren diese Schwächung demokratischer Kontrolle und fordern verbindliche Transparenz und Rechenschaftspflicht – vor allem beim Lobbyregister.

Gleichzeitig beobachten wir genau, wie die Ergebnisse des Runden Tisches in Gesetzestexte einfließen. Gleichzeitig wächst Sprechen & Zuhören: In rund zehn Gemeinden fanden Gespräche statt, weitere sind in Planung. Unser Moderationsteam vernetzte sich im Münchener Büro; Fortbildungen und Kooperationen mit VHS und Büchereien sind in Planung.

Berlin/Brandenburg

Am 27. September fand in Berlin die diesjährige Landesmitgliederversammlung statt. Dabei wurde ein neuer neunköpfiger Vorstand gewählt. Besonders gefreut haben wir uns über zwei Gastbeiträge: Der Landessportbund Berlin stellte unter dem Titel „Die Spiele für Berlin" seine Volksinitiative zur Olympiabewerbung Berlins vor. Außerdem berichtete die Volksinitiative „Schule satt!" aus Brandenburg über ihre Forderung eines kostenlosen Schulessens und über Reformbedarf der direkten Demokratie in Brandenburg.

Die Beiträge gaben wertvolle Impulse für die künftige Arbeit des Landesverbands und machten deutlich, wie vielfältig direkte Demokratie genutzt werden kann und wo Änderungen notwendig sind.

Hamburg

Am 12. Oktober fiel die Entscheidung: Während der „Hamburger Zukunftsentscheid" das erforderliche Quorum deutlich überschritt und mit 53,1 Prozent Ja-Stimmen erfolgreich war, scheiterte der Volksentscheid „Hamburg testet das Grundeinkommen". Hamburg wird sein CO_2-Neutralitätsziel um fünf Jahre auf 2040 vorverlegen und seine Klimapolitik nachschärfen müssen.

In Altona befassen sich Bürgerräte mit der zukünftigen Mobilitätsentwicklung im Blankeneser Ortskern und mit der Entwicklung des Stadtteils in Alt-Osdorf. Ein ausgelostes Bürgerforum trägt zum Bezirksentwicklungskonzept Harburg 2050+ bei. Alle Bürgerräte werden durch Online-Beteiligungen ergänzt.

Hessen

Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Zulassungsphase unseres Volksbegehrens auf Hochtouren: Der erste Gesetzentwurf ist fertiggestellt und sieht neben der Rücknahme der jüngsten Einschränkungen auch eine Senkung der Quoren vor. Darüber hinaus soll der Einwohnerantrag wieder eingeführt und Bürgerbegehren auf Kreisebene ermöglicht werden. Zudem wollen wir den Kostendeckungsvorschlag abschaffen. Ende Oktober treffen wir uns mit unseren Bündnispartnern in Frankfurt für weitere Planungen.

Außerdem war unsere Regionalgruppe Kassel im September beim Fachforum für ländliche Entwicklung mit einem Infostand und Sprechen & Zuhören vertreten und konnte dabei wertvolle Kontakte knüpfen.

Mecklenburg-Vorpommern

Ein Jahr vor der Landtagswahl hat der Landesvorstand seine Empfehlungen an die Parteien formuliert. Am 17. September waren Dennis Klüver und Gerhard Bley vom Landesvorstand bei der Demokratiekonferenz der Grünen-Landtagsfraktion als Impulsgeber eingeladen und haben einen Workshop zu Beteiligung und Mitbestimmung „von unten" geleitet.

Die nächste Landesmitgliederversammlung findet am 15. November in Rostock statt. Es wird ein neuer Vorstand gewählt.

Nordrhein-Westfalen

Anlässlich der Kommunalwahl führt der Landesverband einen NRW-weiten Schulwettbewerb mit rund 50 teilnehmenden Schulen durch. Im Januar findet in der Duisburger Mercatorhalle/ Philharmonie die Abschlussveranstaltung mit rund 1.000 Gästen und buntem Rahmenprogramm statt.

Am 8. November ist die jährliche Landesmitgliederversammlung in Köln, bei der es u.a. um das Schwerpunktthema (Lokal-)Journalismus und Demokratie gehen wird. Vorstandswahlen stehen erst wieder im nächsten Jahr an.

Schließlich ist der Landesverband dieses Jahr bereits zum zweiten Mal Mitorganisator des OKNRW-Demokratie-Barcamps am 22. November in Wuppertal. Die Teilnehmenden erwartet ein vielseitiges Programm von Demokratie-Fitness-Trainings über Mastodon-Einführungen und Bürgerrats-Workshops.

Rheinland-Pfalz

Bei unserer Mitgliederversammlung haben wir am 21. Juni einen neuen Landesvorstand gewählt. Unser neuer Landessprecher Urs Anton Löpfe hat sich und dem Landesverband den deutlichen Ausbau der Mitgliederzahlen in RLP zum Ziel gesetzt.

Nachdem zwei Mitglieder den Vorstand verlassen haben, suchen wir zur Mitgliederversammlung am 22. November 2025 motivierte Menschen für die vakanten Posten im Landesvorstand.

Mit Blick auf die Landtagswahl 2026 führen wir bereits intensive Gespräche mit den Landesspitzen der Parteien, um die Hürden für direkte Demokratie zu senken und den Themenkatalog für Bürgerbegehren auszuweiten. Parallel arbeitet unsere Ingelheimer Regionalgruppe an einem praxisorientierten Leitfaden für die Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene, mit besonderem Fokus auf Bürgerbegehren.

Wer Interesse an der Vorstandsarbeit hat oder unsere Ziele unterstützen möchte, ist herzlich willkommen!

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt fanden in den vergangenen Monaten mehrere Dialog-Abende im Rahmen des Projekts „Bürgerdialoge in Sachsen-Anhalt“ statt. Der Landesverband war im Juni bei der Tagung „Neue demokratiepolitische Initiative“ der Staatskanzlei vertreten.

Am 29. August fand die Landesmitgliederversammlung in Dessau statt. Zehn Teilnehmende waren bei gut 60 Mitgliedern ein tolles Zeichen. Vor Ort wurde an Ideen für die Landtagswahl gefeilt.

Sachsen

Am 20. September fand in Leipzig unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Besonders gefreut haben wir uns über unseren Gast Anna-Luise Conrad, Bürgermeisterin der Stadt Naunhof. Sie berichtete über die Bürgerbeteiligung vor Ort und ein aktuelles Bürgerbegehren zum Thema Windkraft.

Am 29. September vertrat Ralf-Uwe Beck den Landesverband bei einer Anhörung im Sächsischen Landtag zum Entwurf für ein Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz der Grünen-Fraktion. Am 1. Oktober vertrat Christian König von Mehr Demokratie bei einer weiteren Anhörung im Landtag. Thema war die Änderung des Transparenzgesetzes und eine Verschiebung der Inbetriebnahme der Transparenzplattform um zwei Jahre.

Schleswig-Holstein

Am 29. November findet in Kiel unsere Mitgliederversammlung mit einem Vortrag zur kommunalen Struktur in Dänemark statt. Außerdem werden die Schwerpunkte unserer Arbeit für 2026 gesetzt sowie die Forderungen für die Landtagswahl im Frühjahr 2027 beschlossen. Es wird ein neuer Landesvorstand gewählt.

Darüber hinaus waren wir bei der Museumsnacht in Lübeck und bei der Langen Nacht der Demokratie vertreten. In Ratzeburg fanden zwei Sprechen & Zuhören statt sowie eine Moderatorenschulung in Kiel. Zudem wurde der Landesverband vom Innen- und Rechtsausschuss des Landtags um eine Stellungnahme zum Thema Hybridsitzung (Präsenz und online) gebeten.

Thüringen

Ende August fand die jährliche Demokratie-Wanderung des Landesverbands statt. Sie führte in diesem Jahr durch die ehemalige Uran-Bergbau-Region Ronneburg. Gut 20 Mitglieder waren bei bestem Wetter unterwegs, kamen ins Gespräch, persönlich, aber auch zur Atomenergie und der Demokratie.

Ein besonderes Bürgerbegehren gab es in Münchenbernsdorf. Dort wäre erstmals in Deutschland, womöglich weltweit, ergänzend zu einem Ratsreferendum über eine Alternativvorlage aus der Bürgerschaft abgestimmt worden. Wäre. Der Stadtrat zog seine Vorlage zurück und erklärte so auch das Bürgerbegehren für hinfällig. Ein politisch wie rechtlich fragwürdiges Verhalten, das wir öffentlich kritisiert haben.

Noch in diesem Jahr soll es einen von der Landesregierung organisierten Bürgerrat „Frieden und Diplomatie“ geben. /

Mein demokratisches Erlebnis

von Finn Fiedler

Samstagabend. Die Bar schenkt Bier und Limoncello-Spritz aus. Aus den Boxen schallen Hits der 2010er-Jahre. Auf der Fläche tanzen junge Menschen. An den Rändern sind Diskussionen über tagesaktuelle Geschehnisse oder die Ausgestaltung einer nachhaltigen Zukunft im Gange. Ich bin auf einer Sommerakademie der Studienstiftung – ein Begabtenförderwerk, das Stipendien an Studierende vergibt. Liebevoll nennen sich die Geförderten Stiftis. Für mich und weitere 100 Stiftis ging es nach Olang, nahe der Dolomiten in Südtirol. In Arbeitsgruppen behandeln wir Themen wie Meinungsfreiheit in den Wissenschaften oder klimaneutrale Industrieprozesse.

Die Debattenkultur in der Studienstiftung ist ausgeprägt, hart und offen. Verschiedene Meinungen mit guten Argumenten im Gepäck prallen hier aufeinander. Meist sind die Debatten hoch akademisch. Fachbegriffe fliegen durch den Raum und sind eingebunden in eine Aneinanderreihung von verschachtelten Nebensätzen. Demokratie ist eine Selbstverständlichkeit in diesen Kreisen. Jedes Gespräch ist eines meiner Demokratie-Erlebnisse. Ein Privileg, das ich sehr schätze.

Bei der Kleiderwahl suchte ich an diesem Abend als Mann einen knielangen Lederrock und ein weißes, bauchfreies Oberteil aus. Glitzer auf den Lidern und glänzend roter Lipgloss schmücken mein Gesicht. Dieser Stil wird oft als Crossdressing bezeichnet. Der Abend ist gut. Die lokale Bar nebenan hat heute Oktoberfest und ist gut besucht – von Menschen, denen tiefer Konservatismus nachgesagt wird. Crossdressing passt so gar nicht in diese Welt. Ich höre oft, in solchen Kreisen müsse man vorsichtig sein.

Dennoch entschließe ich mich spontan, mit einem anderen Stifti den Kreis der Studienstiftung zu verlassen und mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Ein mulmiges Gefühl begleitet mich beim Betreten der Bar. Blicke erhaschen uns. Keine Minute später kommen zwei Frauen auf uns zu. Siggie und Carmen hat die Neugier über den ungewöhnlichen Besuch gepackt. Sie interessieren sich für Studium, Herkunft und Lebensweg. Ein angenehmes Gespräch, geprägt von Neugier, Offenheit und Herzlichkeit, nimmt seinen Lauf. Natürlich ist auch der Kleidungsstil Thema. In den folgenden zwei Stunden unterhalte ich mich ebenfalls mit anderen Bargästen.

Es sind diese Momente, in denen ich Demokratie tief erfahre. Crossdressing fordert heraus, weil es aus gewöhnlichen Mustern herausfällt. Der Anblick zerrt diese Muster ins Licht und stellt sie zur Debatte. Ein Raum öffnet sich für die Frage, wie wir Gesellschaft ausgestalten wollen und fordert eine Antwort ein. Darauf folgt eine wunderbare Debattenkultur, die sich nah an der Lebensrealität orientiert, ohne akademischen Glanz. Ausgangspunkt ist das Outfit, doch wandern die Gespräche schnell in unterschiedliche Richtungen weiter. So komme ich mit Menschen in einen Austausch, der ansonsten ausgeblieben wäre. Mit Menschen quer durch alle Bildungsschichten und Generationen.

Sicher, nicht alle Begegnungen sind so positiv. Schräge Blicke und Pöbeleien kommen vor. Doch diese Begegnungen anzunehmen, ist für mich Teil der demokratischen Erfahrung. Denn Demokratie heißt auch, Haltung zu zeigen und gerade dadurch Denkanstöße zu geben. Die Möglichkeit, Dinge in Frage zu stellen und neu auszuloten, macht den Reichtum der Demokratie aus. Und in den allermeisten Fällen entstehen hierbei die spannendsten Gespräche, geprägt von Neugier, Offenheit und Zuneigung – trotz Meinungsverschiedenheiten.

An diesem Abend gehe ich nicht mehr zu den Stiftis zurück und bleibe, bis die Bar schließt. Zwei Tage später laufe ich durch Olang und sehe Siggie und Carmen vor einem Café sitzen. Wir winken uns fröhlich, ich komme dazu und wir unterhalten uns erneut. Für den folgenden Freitag laden sie mich auf eine andere Party in der Kleinstadt ein. Eine Einladung von den Menschen, bei denen mir angeraten wurde, auf Distanz zu bleiben. /

Finn Fiedler
ist freier Nachwuchsjournalist mit den Themenschwerpunkten Frankreich und Europa.

Foto: Victor Clime/Unsplash

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
Tel. 089-462 242 05
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-5611 1350
hamburg@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Henrik Lenzgen
Tel. 0221-669665-18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Henrik Lenzgen
Tel. 0221-669665-18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Thomas Gretscher
Tel. 0681-416 36 41
thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Christian König
Tel. 030-42082370
christian.koenig@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Christian König
Tel. 030-42082370
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Sophie-Dethleff-Str. 4, 25746 Heide
Telefon: 0431 55602999
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Christian König
Tel. 030-42082370
thueringen@mehr-demokratie.de

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Alexander Trennheuser, Büro NRW
alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Ulrike Moser, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Aline Koeppen und Anja Schuller (Leitung)
Marcus Meier (Pressesprecher)
presse@mehr-demokratie.de

Website
Aline Koeppen
aline.koeppen@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Andreas Müller, Büro NRW
mueller@democracy-international.org

Arbeitskreis Aufbauende Demokratie
Harris Tiddens
harris.tiddens@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Stefan Padberg
stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Tempelhof
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Netzwerk Bürgerräte
www.buergerrat.de/wissen/netzwerk-buerger-raete/

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

Beratung zu Bürgerräten
Thorsten Sterk
thorsten.sterk@buergerrat.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Mehr Demokratie e. V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
info@mehr-demokratie.de

Redaktion
Anja Schuller, 0178-627 29 56
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement
18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von Mehr Demokratie e. V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
Preisliste Nr. 4 vom 11.04.2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH & Co. KG
100 % Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie e. V., SozialBank AG
IBAN: DE63 3702 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33XXX

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
Für Heft 4.2025: 10.11.2025

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben, stammen die Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Gestaltung
Liane Haug

Korrektorat
sustentio GmbH

Wir bieten mit Sprechen & Zuhören ein Dialogformat sowohl online wie auch vor Ort an, in dem sich Menschen mit unterschiedlichen Meinungen respektvoll begegnen können.

www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur

Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social-Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

facebook.com/mehrdemokratie
x.com/Volksentscheid
instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de

MEHR DEMOKRATIE

Spendenkonto: DE04 3702 0500 0008 8581 00 | BIC BFSWDE33XXX